

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Angeklagter L.M.

Menschenhandel: Grauenhafte Zustände auf dem Bau. Seite 3



6% MEHR LOHN

Schoggi-Büezer wollen mehr

Berner Arbeiter von Toblerone gehen in die Offensive. Seite 5

Gastro-Leute geben Gas

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wecken Gastrosuisse-Chefs. Seite 8

«Darum gab ich die Lehre auf»

Tausende Lernende brechen ihre Lehre ab. Melanie Mühl sagt, warum es bei ihr so gekommen ist. Seite 6

RS: So verteidigen Sie Ihr Geld!

Grosser work-Ratgeber zur Rekrutenschule, zu Arbeitsrecht und Versicherungsfragen. Seiten 14-15

Frauenstreik:
Uhrenarbeiterin
Gathy Dematriz im
Vallée de Joux, wo
1990 alles begann.

«Nötiger denn je!»

4 Sonderseiten: Die **Reportage** aus dem Vallée de Joux +++ Blick zurück und nach vorn auf den **14. Juni** +++ Grosses **Interview** mit den Leiterinnen des **Gosteli-Archivs** +++ Agenda zum **8. März**. Seiten 8-11



workedito
Anne-Sophie Zbinden

WIDERSPENSTIGE DAMEN

Leoti Blaker schaffte es 1903 in die Schlagzeilen eines New Yorker Abendblattes: Als der Mann neben ihr im vollgepferchten Pferdetrain immer dichter heranrückte und seine Hand an ihre Taille legte, fasste sie sich kurzerhand an den Hut und bohrte ihm die Hutnadel in den Arm. Emma Miller, engagierte Gewerkschafterin und Kämpferin für das Frauenstimmrecht, wehrte sich an einer Demonstration in Brisbane, Australien, gegen ihre Verhaftung: mit ihrer Hutnadel stach sie auf das Pferd des Polizisten ein.

NADEL. Die Mode der Belle Epoque (etwa 1884 bis 1914) mit ihren engen Korsetts und überlangen Röcken brachte die Frauen einer ständigen Ohnmacht nahe und machte ihnen das Gehen schwer. Aber die Hutnadel, mit der sie ihre ausladenden Hüte befestigten, gab ihnen ein Mittel in die Hand, mit dem sie sich gegen Übergriffe wehren konnten. Oder auch mal, wie Bertha Benz, Gattin des Autopioniers Carl Benz, für die Reinigung eines verstopften Benzinrohrs verwenden konnten. Doch dann wurde der Spieß umgedreht: Die Gemüter erhitzten sich nicht etwa ob der Gefährdung der Frauen im öffentlichen Raum, sondern ob der Gefahr der Frauen-Hutnadeln für die Männer. Bald war vom «Hutnadelkrieg» die Rede, von «widerspenstigen Damen», die ihre «Hutspiesse trotz Verbots ohne Schutzkappe weiter spazierenführen». Es kursierten Horrorgeschichten über durchgebohrte Wangen und lebensgefährliche Stiche. Von London bis New York, von Zürich bis Sydney wurden ungeschützte Hutnadeln in öffentlichen Verkehrsmitteln verboten und hätten am besten ganz verschwinden sollen. Doch die Frauen liessen sich ihre Nadeln nicht nehmen, lieber kassierten sie Geldstrafen oder gar Gefängnis.

ÜBERGRIFF. Der Rest ist Geschichte, möchte frau meinen. Aber weit gefehlt. In der Schweiz hat mindestens jede fünfte Frau ab 16 Jahren einen sexuellen Übergriff erlebt, mehr als jede zehnte Frau erlitt Geschlechtsverkehr gegen ihren Willen. Die Täter bleiben oft unbestraft. Gleichberechtigung ist auch in der Arbeitswelt keine Selbstverständlichkeit. Frauen verdienen im Schnitt 18 Prozent weniger als Männer. Sie haben einen Drittel weniger Rente als Männer, bei der Pensionskasse sind's gar 60 Prozent weniger – und trotzdem veranstalten die bürgerlichen und rechten Parteien bei der BVG-Revision ein Trauerspiel (siehe Artikel rechts). Frau sein ist auch bei den Uhrmacherinnen im Vallée de Joux nicht ohne. Arbeiterin Cathy Dematraz (53) berichtet in der grossen work-Reportage von Mobbing und sexueller Belästigung. Von schwangeren Kolleginnen, die Angst haben, den Job zu verlieren. Und von Löhnen, die bei den Frauen rund 1000 Franken tiefer sind als bei ihren männlichen Kollegen. Doch das machen Dematraz und ihre Kolleginnen nicht mehr mit – sie sind bereit für den Frauenstreik am 14. Juni (Seiten 10 und 11). Denn vereinte Womenpower hat uns das Frauenstimmrecht gebracht, das Recht, ein Konto zu eröffnen, die Mutterschaftsversicherung, AHV-Betreuungsgutscheine und vieles mehr (Seiten 8 und 9). Doch in Sachen Gleichberechtigung ist nichts für immer errungen. Zurzeit geht es eher rückwärts statt vorwärts. Darum: hinaus zum 8. März, hinaus zum Frauentag! Hüte sind zwar nicht mehr in Mode, die lila Dauerwelle hingegen schon.

BVG-Revision: Nächster Akt im bürgerlichen Trauerspiel Wollen sich die rechten Parteien wirklich damit vors Volk wagen?

Noch sind Details offen, aber klar ist: Die bürgerlichen und rechten Parteien wollen aus der BVG-Revision eine milliardenteure Abbauvorlage machen. Wenn diese die Schlussabstimmung im Parlament übersteht, wird das Volk das letzte Wort haben.

CLEMENS STUDER

Vorab eine kleine Vorwarnung: Wenn Sie diese Zeilen lesen, ist vielleicht einiges schon anders, aber trotzdem schlecht für die Mehrheit in diesem Land. Denn der nächste Akt im bürgerlichen Trauerspiel um die BVG-Revision geht einen Tag nach Redaktionsschluss dieser Nummer (Mittwoch, 1. März, 22.45 Uhr) im Ständerat über die Parlamentsbühne (was bisher geschah, ist im Detail hier nachzulesen rebrand.ly/unsociales-theater).

Am 28. Februar hat sich der Nationalrat noch einmal mit der BVG-Revision befasst. Und die bürgerliche Mehrheit ist nicht zur Vernunft gekommen. Im Gegenteil. Sie hat daran festgehalten, aus einer halbwegs sozialverträglichen Vorlage eine milliardenteure Abbauvorlage zu machen. Der einzige neue und halbwegs originelle rechte Beitrag zur Debatte war, statt von «BVG-Revision» von «BVG-Modernisierung» zu reden. Doch Worte ändern nichts daran, was in der vorliegenden Vorlage steht oder eben auch nicht steht:

Die Gewerkschaften werden wenn nötig das Referendum ergreifen.

● **Noch mehr bezahlen für noch weniger Rente.** Seit Jahren sinken die Pensionskassenrenten trotz massiv steigender Prämien. Real sind es in den vergangenen 15 Jahren 15 Prozent. Zu der tiefen Verzinsung und den extremen Senkungen bei den Umwandlungssätzen kommt nun der fehlende Teuerungsausgleich in den Pensionskassen dazu; damit verlieren Neurentnerinnen und -rentner bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente. Diese Entwicklung wollen die



SHOWTIME: Bei der BVG-Diskussion im Parlament geht es um einen Milliardenabbau. FOTO: ADOBE

Bürgerlichen noch verstärken: Sie wollen 3 Milliarden Franken zusätzliche Lohnprozente in die Pensionskassen leiten – und gleichzeitig die Renten weiter kürzen.

● **Keine Verbesserung der Frauenrenten.** Bürgerliche Politikerinnen haben für die Erhöhung des Frauenrentenalters bei der AHV 21 mit dem Versprechen geworben, die Renten der Frauen würden dafür im BVG erhöht. Es war – wie die Gewerkschaften immer gesagt haben – ein leeres Versprechen.

● **Die Finanzindustrie kann weiter abzocken.** Jedes Jahr kassiert die Finanzindustrie Verwaltungsgebühren in Milliardenhöhe ab und bedient sich dreist an den Altersguthaben der Versicherten. Noch die kleinsten Massnahmen dagegen hat die bürgerliche Mehrheit verhindert.

SCHEITERN SCHON IM PARLAMENT?

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien haben bereits das Referendum gegen diese milliardenteure Abbauvorlage angekündigt. Weil sie schlecht ist für die Lohnabhängigen und ganz speziell für die Frauen. Doch womöglich ist gar kein Referendum nötig. Eventuell scheitert die völlig verunglückte Revision bereits im

Parlament. Denn zumindest verbal schert unterdessen auch Bauernverbandspräsident und Mitte-Nationalrat Markus Ritter aus. Die Revision werde «wahnsinnig teuer», diktierte er dem «Blick». Und: «Für Kleinverdiener werden die Kosten in der zweiten Säule massiv verteuert, ohne dass ihnen im Alter ein entsprechender Mehrwert entsteht.» Was Ritter aber besonders stört: Auch die Arbeitgeber müssten immer bezahlen. Das ärgert auch Teile des Gewerbeverbandes. Teile der rechten Parlamentsmehrheit könnten also aus den falschen Gründen das Richtige tun und die BVG-Revision in der vorliegenden Form versenken.

AHV WICHTIGER DENN JE

Die Mehrfach-Krise des Pensionskassensystems und die Weigerung der rechten und bürgerlichen Parteien, auch nur das geringste dagegen zu tun, zeigt einmal mehr: Die Verbesserung der Rentensituation für die grosse Mehrheit der Bevölkerung kann nur über die AHV gelingen. Voraussichtlich im Herbst kommt die gewerkschaftliche Initiative für einen AHV-Dreizehnten zur Abstimmung. Ein Ja würde die Renten für alle sofort um 8,3 Prozent erhöhen.

Gegen den Läckmer

Es war so: Immer wenn ich wieder zum Bügu wollte, kam irgendein Problem, und ich musste wieder streiken. Also eigentli habe ich gar nie aufgehört seit Juni 2019. Dabei hätte ich echt auch Besseres zu tun. Schaffen zum Beispiel. Ich schaffe nämli gern und gut. Ich bin eine sehr gute Fachkraft, die der Markt jetzt grad so was von gebrauchen könnte. Aber nei.

Erst hiess es, Firmen mit über 100 Angestellten müssten ihre Löhne prüfen und «Lohnungleichheit freiwillig beseitigen». Und wenn das eine Firma nicht macht, dann ... passiert gar nüt. Super oder? Also hab ich weiter gestreikt.

Dann de huere Corona, und päng waren die Frauen plötzlich wieder dehei mit den Kindern. «Homeoffice»-Frauen: putze, koche, Kinder beschäftigen, wickeln, einkaufen und manchmal noch teams, zooms, tels. Homeoffice-Männer: zooms, teams, gamen, excel, WC und manchmal chli Lego mit dem Kind.

Dann entschied der Ständerat, dass frische Schnittblumen und Viagra «lebenswichtige Alltagsgüter» sind (2,5 Prozent Mehrwertsteuer). Bravo, Ständerat, du kennst dich natürlich aus mit Viagra ... äh, mit Schnittblumen! Aber Tampons und Damenbinden seien «Luxusgüter» (7,7 Prozent Mehrwertsteuer).

Allerdings hat er's doch noch gerafft und grad jetzt die Tamponsteuer gesenkt. Aber der Lohn der Frauen ist, über ihr gesamtes Berufsleben gerechnet, noch immer fette 43 Prozent tiefer als der von Männern. Ja, ja, ich weiss, «erklärbar» und «unerklärbar» und so, aber läckmer, es ist doch einfach ein Skandal. Und öppe 15 000 Pflegestellen sind unbesetzt. Yeah, Babyboomers, nehmt schon mal eure Selbstheilungskräfte vüre.

VIAGRA-RAT. Immerhin gibt's seit Herbst 2019 viel mehr Frauen im Nationalrat als vorher, nämlich 42 Prozent (davor 32 Prozent). Sogar der Viagra-Rat schafft's mit viel Ächzen auch auf immerhin 25 Prozent (davor 16 Prozent). Aber was nützt's? 2022 wurde die AHV-Scheinreform gegen den Willen von 70 Prozent der Stimmbürgerinnen trotzdem angenommen. Und die Allianz der bürgerlichen Frauen hat dabei wacker mitgeholfen. Merci, Schwestern! Nei ehrlich, das hat mir den Nuggi rausgehauen. Als wäre die AHV das Problem. Ich würde meine Lohnprozente ömel tuusigmal lieber in die AHV zahlen, als über die Pensionskassen die Banken und Versicherungen zu füttern. Voilà. Der ganze Schlamassel hat sich seit 2019 nicht wirklich verbessert. Und jetzt hat Schagge gesagt, dass es am 14. Juni wieder abgeht, aber richtig, und ob ich mit ihr Schilder male? Klar, hab ich gesagt, ich bin ja eh im Dauerstreik.

Künzi streikt – noch immer



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023 vor: Ahoi!

Menschenhandels-Prozess: 100 Monate Gefängnis? Gipsermeister wollte Büezer «vergasen»

Vor sieben Jahren machte die Unia die brutale Ausbeutung von drei ungarischen Gipsern publik. Jetzt ist ein ganzes System aufgefliegen – und womöglich der grösste Fall von Menschenhandel im Schweizer Baugewerbe.

JONAS KOMPOSCH

«Die Sieche söttsch all halte wie Sklave, wie imene KZ, vernichte, vergase, das Pack!» Oder: «Man muss die nehmen, die noch nie hier waren, und sie dann nach einem Jahr auswechseln, da sie schon hochnäsiger geworden sind.» So und ähnlich redete Bauunternehmer L.M.* jahrelang über seine Angestellten. Das belegen abgehörte Telefongespräche, aus denen die Staatsanwältin an diesem Morgen zitiert.

Es ist der 15. Februar, der erste von zwei Prozesstagen gegen den heute 42-jährigen Schweizer. Der Saal im Zürcher Bezirksgericht ist gut gefüllt – auch mit zahlreichen Medienleuten. Schliesslich handelt es sich laut Anklage um den bisher grössten Fall von Menschenhandel im Schweizer Baugewerbe. Der Be-



«Die Gipser hatten unglaubliche Angst. Einer weinte.»

EX-UNIA-SEKRETÄRIN CHRISTA SUTER

schuldigte soll von 2012 bis zu seiner Verhaftung 2017 Gipser aus Ungarn, Moldawien und Rumänien mit falschen Lohnversprechen in die Schweiz gelockt und hier zu Stundenlöhnen von 4 bis 9 Franken ausgebeutet haben. Und zwar laut Staatsanwältin nach dem immergleichen Geschäftsmodell: «Aus dem Ausland holen, zuerst gut behandeln, dann richtig auspressen und zuletzt fallenlassen.» Wer protestierte, sei bedroht worden. So habe der Chef einem Arbeiter ausrichten lassen, er werde ihm «in den Kopf schiessen», falls er noch einmal mit Streik drohe.

In total 24 Fällen macht die Staatsanwältin Menschenhandel geltend. Insgesamt sollen aber bis zu 100 Arbeiter ausgebeutet worden sein. Mit mindestens fünf Trockenbau- und anderen Firmen habe der Beschuldigte Millionen umgesetzt. Oft als Subunternehmer von Konzernen wie Implemia oder HRS. An Steuerbehörden und Sozialversicherungen habe der einschlägig Vorbestrafte keinen roten Rappen abgeliefert. So die Anklageschrift.

POLIER HUI, BEHÖRDEN PFUI

Die Staatsanwältin fordert eine Freiheitsstrafe von acht Jahren und vier Monaten – wegen Menschenhandels zur Ausbeutung der Arbeitskraft, gewerbmässigen Wuchers und 14 weiteren angeklagten Delikten. Der Strafverteidiger hingegen plädiert in den meisten Punkten auf Freispruch. Sein Mandant sei zwar «ein schlechter Arbeitgeber», aber kein Menschenhändler. Ausserdem kritisierte er die Untersuchungshaft von 2017 bis 2020 als «unverhältnismässig lange». Vom Beschuldigten selbst gibt es kein Statement, denn er blieb dem Prozess fern. Allerdings bezeichnete er das Verfahren schon im Januar als «Justizskandal» und als «Steuergeldvernichtung». Dies geht aus einem Mail hervor, das er an sämtliche Zürcher Kantonsratsmitglieder geschickt hat.

Sicher ist: Bis zu seiner Verhaftung hatten Behörden und Stellen aus der halben Deutschschweiz Scherereien mit ihm – insgesamt mindestens 70 Mal. Doch gestoppt wurde er nie. Auch die Arbeitskontrollstelle für den Kanton Zürich (AKZ) hatte seine Gipserbuden auf dem Radar – total sieben Mal. Immer rapportierte die AKZ ans Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Dieses untersteht einer Anzeigepflicht. Einmal meldete die AKZ ganz explizit: «Achtung: Verdacht betrügerische Handlung». Doch das FDP-geführte AWA griff nicht durch. Es war schliesslich ein Polier, der den Stein 2015 ins Rollen brachte.



VOR GERICHT: Der Schweizer Gipsermeister jettete im Privat-Flugzeug durch die Welt, während er seine Arbeiter mit Gewaltandrohungen verängstigt und ausgebeutet haben soll. FOTOS: 20MIN (1) / ZVG (1) / ILLU: NINOTCHKA.CH

Menschenhandel: Die Definition, die Schweiz, die Unia

Der Tatbestand Menschenhandel hat nach internationaler Definition drei Merkmale: Es braucht 1. eine aktive Anwerbung, Beförderung oder Beherbergung von Personen. Zudem müssen 2. unerlaubte Zwangsmittel wie Gewalt, Nötigung, Entführung, Betrug oder Täuschung zum Zug kommen. Dies 3. mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung, der Ausbeutung der Arbeitskraft oder der Entnahme von Körperorganen.

SELTEN EIN URTEIL. In der Schweiz tritt Menschenhandel am häufigsten in der Prostitution auf. Aber auch Nagelstudios, die Landwirtschaft oder der Bau sind Problemzonen. Die Unterform «Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung» verbietet das Schweizer Strafrecht seit 2006 explizit. Doch Strafurteile dazu sind extrem selten. Bis 2018 haben Gerichte nur zehn Urteile gesprochen. Das wirft Fragen auf. Denn die Schweizer Plattform

gegen Menschenhandel, die Plattform Traite, registrierte 71 Opfer allein fürs Jahr 2021. Die Schweiz müsse mehr tun, kritisierte eine Expertengruppe des Europarats schon mehrfach.

NEUER AKTIONSPLAN. Nun hat der Bundesrat im Dezember den dritten Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel verabschiedet. Mit der Unia hat erstmals auch eine Gewerkschaft daran mitgewirkt. Bruna Campanello von der Unia-Geschäftsleitung ist trotzdem noch nicht zufrieden. Sie sagt: «Der Gisper-Fall zeigt es deutlich: Es ist unverzichtbar, dass die Unia tagtäglich auf den Baustellen und in den Betrieben präsent ist.» Zutrittsbeschränkungen für Unia-Leute seien völlig fehl am Platz. Und noch etwas zeige der Fall: «Dass es mehr Lohnschutz braucht und sicher nicht weniger, wie das bei den bisherigen Varianten zum Rahmenvertrag mit der EU der Fall gewesen wäre!» (jok)



FOTO: ADOBE STOCK

Alle an Ukraine- Demo!

BERN. Vor einem Jahr hat das Putin-Regime einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestartet. Die Unia hat diesen Überfall aufs schärfste verurteilt und eine grosse Anti-Kriegs-Demonstration mitorganisiert. Die Gewerkschaft fordert weiterhin das Ende der Angriffe und aller Kampfhandlungen sowie den Abzug der russischen Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet. Jetzt mobilisiert eine breite Koalition erneut zu einer Friedensdemo. Sie beginnt am Samstag, 4. März, um 14 Uhr auf der Schützenmatte in Bern. Die Unia unterstützt den Aufruf.

Benteler-Fabrik vor dem Aus

ROTHRIST AG. Der österreichische Rohrhersteller und Automobilzulieferer Benteler Steel/Tube will sein Aargauer Werk schliessen. Schon auf Ende Jahr sollen die 283 Mitarbeitenden der «Stahlrohri» ihre Jobs verlieren. Die Hiobsbotschaft traf sie unvermittelt. Auch der Gemeinderat erfuhr von der Massenentlassung erst aus den Medien. Der Multi, der zuletzt einen Gewinn von 330 Millionen Euro auswies, begründet den Kahlschlag mit gestiegenen Preisen und Zollgebühren. Kritiker sagen, Benteler habe es verpasst, den Standort an die Elektromobilität anzupassen. So oder so unterstützt die Unia die Belegschaft. Zurzeit plant die Personalkommission das weitere Vorgehen.

Ständerat stimmt gegen Arme

BERN. Sozialhilfebeziehende ohne Schweizer Pass sollen weiterhin des Landes verwiesen werden können, auch wenn sie jahrelang hier gearbeitet haben und unverschuldet sozialhilfeabhängig geworden sind. So zumindest will es eine knappe Mehrheit der Staatspolitischen Kommission des Ständerats. Sie lehnt die Initiative «Armut ist kein Verbrechen» von SP-Nationalrätin Samira Marti weiterhin ab. Bereits zugestimmt hat ihr dagegen der Nationalrat. Das Geschäft kommt nun vor den Gesamtständerat.

Schlein wird PD-Chefin

BOLOGNA IT. Italiens Partito Democratico (PD) war einst eine Macht mit 33 Prozent Wählerinnen- und Wähleranteil. Zuletzt kam die Mitte-links-Partei noch auf 19 Prozent, während die Rechten 43 Prozent abräumten. Jetzt hat die PD-Basis eine neue Führung gewählt. Das Rennen machte Ely Schlein (37), Vizepräsidentin der Emilia-Romagna. Pikant: Die linke Feministin gewann just gegen ihren Chef, Stefano Bonaccini (56), Präsident der Emilia-Romagna und Kandidat der Parteirechten. Schlein wuchs in Lugano auf und ist italienisch-schweizerisch-amerikanische Dreifachbürgerin.

Bundesrat und AHV: Angriff auf die Witwenrenten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden: Die Regelung der Witwen- und Witwerrente in der AHV verletzt die Menschenrechte. Jetzt will der Bundesrat deswegen die Witwen bestrafen. Ein Beispiel bürgerlicher Sozialpolitik.

CLEMENS STUDER

Im vergangenen Oktober rüffelte der EGMR die Schweiz, weil sie Witwern die Rente streicht, wenn ihre Kinder volljährig werden. Um diese Ungleichbehandlung zu beheben, gibt es grundsätzlich drei Varianten:

- Angleichung der Leistungen für Witwen an jene, die heute für Witwen gelten.
- Angleichung der Leistungen für Witwen an jene, die bis zum Strass-



WITWENSCHRECK: FDP-Bundesrätin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter sieht «Sparpotential». FOTO: KEYSTONE

burger Urteil für Witwer galten. Also faktisch die Abschaffung der Witwenrente in ihrer heutigen Form.

- Ein «Kompromiss»: Witwer erhalten bis zum Abschluss der Erstausbildung ihrer Kinder (höchstens bis zum 25. Geburtstag der Kinder) eine Rente. Für Frauen gilt das Gleiche. Auch das entspricht faktisch der Abschaffung der Witwenrente in ihrer heutigen Form.

Wenig überraschend will die rechtsbürgerliche Mehrheit des Bundesrates die letzte Variante durchdrücken. Und folgt dabei den Wünschen der Sozialabbauerinnen und -abbauer. «Die Volkswirtschaft», eine vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) herausgegebene Publikation, gab den Ton vor. In der Ausgabe vom 16. Februar schreibt Jérôme Cosandey zum Thema. Er ist Directeur romand der marktradikalen Denkfabrik Avenir Suisse, und für ihn ist klar: Nur die Angleichung der Witwenrente an die Witwenrenten ist ein gangbarer Weg. Sozialabbau als Gleichberechtigung. So wie es die rechten Frauen schon bei der AHV-21-Reform vertreten haben.

Bereits im März 2021 – also noch vor dem Strassburger Urteil – reichte die Zürcher GLP-Nationalrätin Cornelia Gredig einen Vorstoss ein, der eine Verschlechterung der Witwenrente mit dem Argument der Gleichstellung fordert.

Teuerung & AHV: SVP, FDP und GLP gegen Ausgleich

Eine Mitte-links-Koalition hat letztes Jahr den unwilligen Bundesrat dazu verdonnert, die AHV-Renten 2023 um die volle Teuerung zu erhöhen. Jetzt hat die Regierung geliefert. Und zwar eine Minimalvariante. Mit der wird nur die Restteuerung 2022 ausgeglichen, die Teuerung von 2023 aber nicht. Trotzdem lehnte es eine Nationalratsmehrheit um die geschlossenen SVP-, FDP- und GLP-Fraktionen ab, auf die Vorlage überhaupt einzutreten. Das Geschäft kommt jetzt in den Ständerat. (cs)

Mieterinnen- und Mieterverband veröffentlicht aktuelle Analyse des Wohnungsmarktes

Immobilien-Haie klauen Kaufkraft

Jeden Monat 370 Franken zu viel kassieren Immobilienkonzerne durchschnittlich pro Wohnung und schmälern so die Kaufkraft der Mietenden massiv. Und sie wollen noch mehr.

CLEMENS STUDER

Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen geben jeden Monat zwischen 25 und 35 Prozent davon fürs Wohnen aus. Sie sind es auch, die am stärksten von Mietzinserhöhungen betroffen sind (work berichtete: rebrand.ly/sozialpolitische-zeitbombe).

Besserung ist nicht in Sicht. Denn die Nebenkosten werden weiter steigen. Und die Mieten auch. Obwohl diese bereits jetzt gesetzeswidrig hoch sind. Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS, nachzulesen hier: rebrand.ly/bass-mieten) hat untersucht, um wie viel die Mieten zwischen 2006 und 2021 gemäss Mietrecht hätten ansteigen dürfen – und wie stark die Aufschläge tatsächlich waren. Ergebnis: Seit 2006 haben Vermieter insgesamt 78 Milliarden Franken zu viel kassiert. Allein 2021 bezahlten Mietende schweizweit 10 Milliarden zu viel: Das macht pro Monat und vermietete Wohnung durchschnittlich 370 Franken – pro Jahr 4400 Franken!

GESETZESWIDRIG

Eigentlich ist das Gesetz und seine Auslegung klar: Aktuell dürfte die Maximalrendite der Hausbesitzerinnen und -besitzer bei 3,25 Prozent liegen. Die Nettoerträge betrug im von der BASS-Studie untersuchten Zeitraum im Durchschnitt ganze 6,2 Prozent. Renditen von 6 oder 7 Prozent sind also an der Tagesordnung. Grosse Immobiliengesellschaften ziehen aus ihren Liegenschaften gar Profite im zweistelligen Prozentbereich. Besonders stossend: Bereits die heute als «angemessen» und deshalb als zulässig geltende Rendite von 3,25 Prozent ist ein Beispiel dafür, wie einflussreich die Immobilienlobby ist. Denn bis zum 26. Oktober 2020 galt «angemessen» als wesentlich tiefer.

desgericht dann entschied: Statt 0,5 Prozent sollen Immobilienbesitzer 2 Prozent Rendite über dem Referenzzinssatz einsacken dürfen. Feller wird als Direktor der Waadtländer Immobilienkammer direkt von der Immo-Lobby bezahlt. Brisant: Fellers parlamentarische Initiative wurde vom Parlament nicht angenommen. Der Nationalrat stimmte zwar zu, der Ständerat lehnte sie ab. Am 15. Dezember 2020. Sieben Wochen davor hatte das Bundesgericht bereits Fakten zugunsten der Immo-Haie geschaffen.

Die Bundesrichterrinnen und -richter von FDP, SVP und Mitte machten der Immo-Lobby ein dickes Geschenk.

Dann kam das Bundesgericht. Seine Erste zivilrechtliche Abteilung setzte in einem Handstreich die Marge über dem Hypozins um 1,5 Prozentpunkte auf 2 Prozent hoch. Für alle Mietverhältnisse. Zusammengesetzt ist diese Kammer ausschliesslich aus Richterinnen und Richtern aus FDP, SVP und Mitte. FDP-Frau Christina Kiss präsidierte die Verhandlung. Sie führte in der Urteilsbegründung mehrfach eine parlamentarische Initiative von FDP-Nationalrat Olivier Feller an, wie die «Sonntagszeitung» zuerst berichtete. Darin forderte der FDP-Nationalrat, was das Bun-



DARF'S EIN BISSCHEN MEHR SEIN? Für die Immo-Haie immer. Dabei wären die Mietenden mit niedrigen und mittleren Einkommen dringend auf das Geld angewiesen, das sie fürs Wohnen zu viel bezahlen. ILLU: CATPRINT MEDIA

desgericht dann entschied: Statt 0,5 Prozent sollen Immobilienbesitzer 2 Prozent Rendite über dem Referenzzinssatz einsacken dürfen. Feller wird als Direktor der Waadtländer Immobilienkammer direkt von der Immo-Lobby bezahlt. Brisant: Fellers parlamentarische Initiative wurde vom Parlament nicht angenommen. Der Nationalrat stimmte zwar zu, der Ständerat lehnte sie ab. Am 15. Dezember 2020. Sieben Wochen davor hatte das Bundesgericht bereits Fakten zugunsten der Immo-Haie geschaffen.

ES WIRD SCHLIMMER

Seither hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter zugespitzt. Das hat verschiedene Gründe (unter anderem steigende Zinsen, das knappe Angebot an bezahlbaren Wohnungen, explodierende Strom- und Heizkosten). Doch abgesehen von den konkreten aktuellen Gründen für steigende Wohnkosten, bleibt das Grundübel: Wohnraum wird als Ware betrachtet, und es wird behauptet, es bestehe ein «freier Markt».

Das ist falsch. Denn das Land ist beschränkt, Boden kann nicht hergestellt werden, wenn die Nachfrage steigt, er ist ein beschränktes Gut. Deshalb muss «der Markt», wenn er schon wütet, wenigstens kontrolliert werden. Konkret: die Preise deckeln, die Mieten kontrollieren und Wohnraum der Spekulation entziehen. Der Mieterinnen- und Mieterverband hat eine aktuelle Analyse erarbeitet und stellt Forderungen für eine zukunftsfähige Miet- und Wohnpolitik (hier runterzuladen rebrand.ly/mv-analyse).

WAS MIETENDE FORDERN

Damit mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfü-

gung steht, verlangt der Mieterinnen- und Mieterverband unter anderem:

- Eine Abkehr von der heutigen Praxis, dass sich jede Mieterin und jeder Mieter alleine gegen missbräuchlich hohe Mieten wehren muss. Denn weil Mietende in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Vermietenden stehen und Angst um ihre Wohnung haben, vermeiden die meisten den Konflikt und bezahlen die überhöhten Mieten. Doch einen institutionellen, automatischen Kontrollmechanismus scheuen die Immo-Haie wie der Teufel das Weihwasser. Und lassen entsprechende Vorstösse regelmässig von ihren Parlamentarierinnen und Parlamentariern abschmettern.
- Förderung von gemeinnützigem Wohnraum.
- Ein Vorkaufsrecht für Gemeinden und Kantone von Privatliegenschaften.
- Zonen exklusiv für gemeinnützigen Wohnungsbau.
- Die Aufhebung der Lockerungen bei der «Lex Koller», also jenem Gesetz, das eigentlich verhindern sollte, dass ausländisches Kapital mit Schweizer Boden und Immobilien spekuliert. Allerdings haben es die rechten Parlamentsmehrheiten immer wieder aufgeweicht.

HAIE WOLLEN NOCH MEHR

Die Immobilienlobby gehört zu den einflussreichsten im Bundeshaus. Darum ist das Mietrecht so mieterunfreundlich. Und die Hauseigentümerinnen und -eigentümer wollen immer noch mehr. Für den 7. März ist im Parlament ein ganzer Wunschzettel der Immobilienhaie traktandiert.

work hat die geplanten Angriffe auf die Rechte von Mieterinnen und Mietern hier detailliert dokumentiert: rebrand.ly/immo-haie.

Gipsermeister wollte Büezer «vergasen» Fortsetzung von Seite 3

Er war nämlich misstrauisch geworden, als auf seiner Baustelle in Zürich Wiedikon die Gipser einfach nicht nach Hause wollten – obwohl Freitagabend war!

MIT SCHLAGSTOCK BEDROHT

Es handelte sich um Ungarn, die kein Wort Deutsch verstanden. Also informierte er die damalige Unia-Sekretärin Christa Suter. Und die rückte sofort aus. Sie erinnert sich genau: «Ich habe gleich gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Die Gipser hatten eine unglaubliche Angst. Einer begann sogar zu weinen. Das habe ich auf einer Baustelle noch nie erlebt!» Suter organisierte einen Übersetzer und fand heraus: Die Ungarn hatten ihre Löhne nicht bekommen und waren völlig pleite. Auch in ihre vom Chef gestellte Unterkunft in Uznach SG konnten sie nicht zurück. Aber nicht nur, weil es ein Abbruchhaus mit undichtem Dach war. Nicht nur, weil an den Wänden Schim-

mel wuchs und am Boden Maden krochen. Und auch nicht nur, weil sich bisweilen 12 Arbeiter eine Küche und ein WC teilen mussten. Unmöglich war eine Rückkehr, weil der Chef aufgekreuzt war – bewaffnet mit einem Teleskopschlagstock und in Begleitung von zwei Leibwächtern.

So zumindest meldete es ein Arbeiter auf dem Polizeiposten, der notabene direkt gegenüber der

Statt gegen den Chef ermittelte die Polizei gegen die Büezer.

Bruchbude liegt. Doch die St. Galler Kantonspolizei nahm den Vorfall nicht einmal auf. Vielmehr unterzog sie den unter Schock stehenden Arbeiter einem Alkoholtest. Es war nicht das einzige Polizeiversagen. Laut Staatsanwältin haben Beamte schon in einem früheren Fall nicht primär gegen den Schweizer Chef

ermittelt, sondern gegen seine Arbeiter aus Osteuropa, obwohl diese ihn wegen eines Angriffs angezeigt hätten. Dieses Polizeiverhalten habe der Chef zu nutzen gewusst und immer wieder mit Anzeigen gedroht. So hätten die Geplagten ihre Forderungen oft fallengelassen. Der Beschuldigte habe auch vor dem Einsatz eines Elektroschockers nicht Halt gemacht.

Mehr Glück hatten da die Gipser von Zürich Wiedikon. Die Unia organisierte ihnen umgehend ein Hotelzimmer, gewährte einen Vorstoss und machte den Skandal via «20 Minuten» publik. «Man muss handeln, solange die Baustelle noch läuft, sonst fehlt der nötige Hebel», erklärt Gewerkschafterin Suter. In der Tat.

CHEF LEBT LUXUSLEBEN

Bald sah sich die Migros-Pensionskasse als Bauherrin gezwungen, bei der Lohnzahlung in die Bresche zu springen. Und auch die

Justiz begann endlich zu ermitteln. Seither sind Unmengen an Beweismitteln zusammengelassen. Die abgehörten Telefongespräche etwa füllen 72 CDs. Ausgewertet wurden auch die Ausgaben, die der Beschuldigte über seine Firmenkonten tätigte. Sie zeichnen ein dekadentes Protzerleben: Regelmässig brach der Privatjet-Nutzer und Ferrari-Fahrer zu Shoppingtours auf, vornehmlich an die Zürcher Bahnhofstrasse, wo in Boutiquen und Parfümläden Unsummen liegen blieben. In Luxushotels wie dem «Dolder Grand» oder dem «Baur au Lac» war er quasi Stammgast. Und auch in seiner Lieblingsdestination St. Moritz wollte er ganz oben mitspielen, etwa mit tausendfränkigen VIP-Tickets für ein Pferderennen. Über 600 000 Franken zweigte der «Gipsermeister» total für Privates ab. Ob sein Luxusleben weitergeht? Urteileröffnung ist am 20. März. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Toblerone-Arbeiter Urs Brunner (52) ist parat für die Verhandlungen mit Mondelez

«Für einen Zacken mehr Lohn!»

Die Toblerone-Fabrik des Mondelez-Konzerns in Bern läuft neu auch am Wochenende. Die Arbeiterinnen und Arbeiter ziehen mit, fordern aber im Gegenzug: Sechs Prozent mehr Lohn. Für alle!

CHRISTIAN EGG

Freie Wochenenden sind rar geworden für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Toblerone-Fabrik in Bern. Seit letztem Jahr lässt der US-Lebensmittelkonzern Mondelez die Maschinen auch am Samstag und Sonntag laufen, um die Produktion zu pushen. Der Mondelez-Arbeiter Urs Brunner (52) erklärt: «Die Schichten wurden umgestellt. An drei von vier Wochenenden

«Wir produzieren Jahr für Jahr mehr Toblerone. Jetzt müssen auch die Löhne rauf.»

URS BRUNNER, ELEKTRIKER BEI MONDELEZ

müssen die Leute jetzt arbeiten. Stattdessen haben sie irgendwann unter der Woche frei.»

Als Elektriker in der Haustechnik ist Brunner davon zwar nicht betroffen. Aber er ist auch Vizepräsident der Personalkommission (Peko) und weiss, was das neue System für die Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet: «Viele sagen, die Erholungszeit sei zu kurz. Es passieren auch mehr Fehler, weil die Konzentration nachlässt. Sie sehen ihre Kinder weniger. Und die Jungen stresst es, dass sie nur noch selten mit Kolleginnen und Kollegen in den Ausgang gehen können.»

TOBLERONE-BERGE

Für Mondelez geht die Rechnung auf: Die Fabrik produzierte letztes Jahr 49 000 Tonnen Toblerone. Ein neuer Rekord! Gleichzeitig dümpeln die Löhne der 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dahin. Unia-Mitglied Brunner: «Während Jahren

gab es Lohnrunden so um die 0,5 bis 0,7 Prozent.» Letztes Jahr seien es 1,2 Prozent gewesen – aber der grösste Teil davon als individuelle Lohnerhöhungen. «Das heisst, die Chefs bestimmen, wer wie viel bekommt.»

Das wollen die Toblerone-Macherinnen und -Macher jetzt nicht mehr akzeptieren. Im März starten die nächsten Lohnverhandlungen. Die Unia-Betriebsgruppe hat dafür zwei Forderungen verabschiedet: Eine generelle Lohnerhöhung für alle. Und zwar um sechs Prozent. Ein Teil davon soll die gestiegenen Lebenskosten ausgleichen. Allein die Teuerung betrug letztes Jahr 2,8 Prozent. Darin nicht enthalten ist der Anstieg der Krankenkassenprämien. Ivan Kolak von der Unia Bern hat in den letzten paar Wochen mit vielen Mondelez-Beschäftigten darüber gesprochen und sagt: «Einige zahlen jetzt pro Monat 40 Franken mehr Prämie. Das entspricht zusätzlichen 0,7 bis 1 Prozent ihres Grundlohnes.»

Darüber hinaus sei jetzt eine Real-

Mitarbeiter im Betrieb sehen das genauso. So viele haben bis Redaktionsschluss mit ihrer Unterschrift die Lohnforderung unterstützt.

CHEFS MÜSSEN DRAUSSEN BLEIBEN

Der breite Rückhalt im Betrieb stärke auch die Peko, freut sich Gewerkschafter Brunner. Die Geschäftsleitung habe bisher Anliegen der Belegschaft lieber ausgesessen statt angepackt. Jetzt aber poche die Peko auf ihre Rechte. Anders als bisher hält sie Betriebsversammlungen ab ohne die Chefinnen und Chefs. «Das hat ihnen gar nicht gepasst», sagt Brunner und schmunzelt. «Aber wir haben ihnen das Peko-Reglement gezeigt. Dort steht es schwarz auf weiss.» Zähne zeigte die Peko auch bei anderer Gelegenheit: Kürzlich wollte das Management neue Regelungen zu Schichten, Ferienbezug und Urlaubstagen erlassen. Brunner: «Die haben wir für nichtig erklärt. Weil sie uns nicht vorher konsultiert haben.»

Mondelez wollte die Fragen von work nicht beantworten. Eine Sprecherin schreibt nur, man äussere sich zu anstehenden Verhandlungen nicht öffentlich.

Brunner und Kolak sind jedenfalls parat für die Verhandlungen. Unia-Mann Kolak sieht die Chancen für einen guten Abschluss intakt. Er zieht die Parallele zu einem anderen Food-Unternehmen ganz in der Nähe: zur Haco in Gümligen bei Bern, Herstellerin von Gewürzmischungen und Müesliriegeln. «Zusammen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern haben wir erreicht, dass die Schichtzulagen in der



KAMPFANSAGE: Unia-Mitglied Urs Brunner macht als Vizepräsident der Personalkommission Druck bei der Geschäftsleitung von Mondelez in Bern. FOTO: SEVERIN NOWACKI

lohnerhöhung fällig, begründet Elektriker Brunner die Forderung von sechs Prozent: «Wir produzieren Jahr für Jahr mehr, übernehmen immer mehr Aufgaben. Jetzt muss der Betrieb auch bei den Löhnen einen Zacken zulegen.» Mindestens 105 Mitarbeiterinnen und

Produktion steigen. Insgesamt erhalten sie jetzt gut 5 Prozent mehr als letztes Jahr.» Dazu komme, dass sich Mondelez eine deutliche Lohnerhöhung locker leisten könne. Der US-Konzern, dem Marken wie Milka, Cadbury und Oreo oder die Kaugummis Trident und Stimorol gehören, machte im vergangenen Jahr 2,7 Milliarden Dollar Reingewinn. 4 Milliarden verteilte er an das Aktionariat, über Dividenden und Aktienrückkäufe. Also mehr, als Mondelez überhaupt an Reingewinn machte! Pro Aktie stieg die Dividende um zehn Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Kolak: «Das wäre ja auch ein schöner Wert für eine Lohnerhöhung.»



Das Daumen-Dilemma

Bei morgendlichen Minusgraden sind wir fleissig am Schalen einer Decke. Dreibein stellen, Spriess holen, dann rein mit dem Längsträger. Abstand und Höhe richten und versperren mit dem



Marius Käch ist Maurer in Zürich und Gewerkschafter.

Schalbrett. Reihe um Reihe bereiten wir vor, damit wir am Nachmittag speditiv die Querabrippung auslegen und eine schöne Quadratmeterzahl Schalftafeln verteilen können.

Doch kurz vor Mittag passiert es. Ein Längsträger hat sich verklemt, 10 cm oberhalb vom Spriess. Ich hänge

Was zählt mehr: Stelle oder Gesundheit?

mich voll rein, damit der Träger runterkommt. Der Kollege drückt von vorn, und schwups knallt das 5 Meter lange Kantholz voll auf den Spriess. Dumm nur, dass ich Einstein meinen Daumen dazwischen hatte.

Ein höllischer Schmerz, den in keinem wünsche. Sei's drum, nach ein paar Minuten wird's schon wieder werden. Leider nein. Der Daumen schwillt und schwillt... Zähne zusammenbeissen und durch. Das hilft zwar nicht, aber Absenzen sind auch nicht gern gesehen. Bis zum Mittag geht's mit Ach und Krach.

ZWICKMÜHLE. Doch jetzt sind wir in der Zwickmühle, die jede Handwerkerin und jeder Baukollege kennt: Was ist mir wichtiger, Stelle oder Gesundheit? Im Kopf ein Gedankenkarussell: Wie oft habe ich bereits gefehlt? Was passiert mit meinem Finger, wenn ich einfach weitermache? Das Abwägen ist ein harter Kampf. Zumal man die Kollegen nicht alleine lassen will, besonders nicht in Zeiten des Termindrucks und Personalmangels. Unsere Arbeit ist intensiv gestaffelt, jeder Einzelne ist eingeplant. Fällt einer aus, müssen die anderen sein Pensum leisten. Ein Frust, den man selber zu gut kennt.

Die eigene Arbeit wird einem vom Vorarbeiter und dem Polier zugeteilt. Die sind ständig im Sandwich: Unter ihnen die Bauarbeiter, oben die Chefs, die Druck ausüben. Und natürlich haben sie nicht nur schöne Aufgaben zu vergeben. Deshalb sollte man es sich mit ihnen nicht verscherzen. Ausser man will nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz unbedingt die härtesten und dreckigsten Jobs erledigen.

EIN RATTENRENNEN. So stehe ich nun im Zwist zwischen Rücksicht auf mich selbst und Rücksicht auf das Team. Zwischen Arztbesuch und Firmeninteresse. Zwischen eigener Gesundheit und beruflicher Laufbahn. Ein Dilemma als Produkt von Termindruck und Profitgier, ein Rattenrennen auf dem Rücken von uns Baulenten.

Doch jetzt ist die Mittagspause fast um, und ich muss mich entscheiden. Arztbesuch oder weiterchrampfen? Schweren Herzens klopfe ich an die Baracke des Poliers. Damit riskiere ich zwar einen Rüffel. Oder Scherereien mit dem HR. Doch mein Daumen, der dankt.

Toblerönl: Produktion in Bratislava geplant

Seit über hundert Jahren kommt jede Toblerone, die irgendwo auf der Welt verkauft wird, aus Bern (work berichtete: rebrand.ly/schoggi-tobler). Mondelez will mit dieser Tradition brechen: Ab Ende 2023 sollen die kleinen Varianten zu 35 und 50 Gramm im slowakischen Bratislava gefertigt werden.

BERN-BRATISLAVA. Laut Medienberichten ist geplant, die Schokoladen- und Nougatmasse weiter in Bern herzustellen und dann zur Weiterverarbeitung in die Slowakei zu transportieren. Die anderen Stückgrößen sollen weiterhin komplett in Bern hergestellt werden. Ziel sei es, die Produktion insgesamt zu erhöhen, teilte der Konzern letztes Jahr mit.

STELLENABBAU? Unia-Mann Ivan Kolak wollte von den Verantwortlichen wissen, was das für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schweiz heisse. Er sagt: «Sie haben uns zugesichert, dass in Bern kein Stellenabbau geplant sei. Und dass die Verlagerung auch in den Lohnverhandlungen keine Rolle spiele. Darauf werden wir sie behaften.» (che)

EU-Mindestlohnrichtlinie Den Spiess umgedreht

Seit der Finanzkrise von 2008 hat die Armut trotz Erwerbstätigkeit (Working Poor) in der EU stark zugenommen. Um dem entgegenzuwirken, verabschiedeten das Europaparlament und der Rat der Arbeitsminister im Oktober 2022 ein neues EU-Rahmengesetz: die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Die Richtlinie sieht keinen einheitlichen europäischen Mindestlohn vor. Das ist gut so, denn dafür sind die



Erne Europa
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Lebenskosten in den verschiedenen Ländern zu unterschiedlich. Stattdessen schreibt sie Prinzipien und Kennzahlen vor, welche die EU-Staaten berücksichtigen müssen. Künftig sollen alle Mindestlöhne einen «angemessenen Lebensstandard» garantieren. Zudem müssen gesetzliche Mindestlöhne

Mindestens 80 Prozent der Beschäftigten müssen einen GAV haben.

mindestens so hoch sein wie 50 Prozent des Durchschnittslohns sowie 60 Prozent des Medianlohns aller Beschäftigten im jeweiligen Land. In Irland beispielsweise führt dies zu einer Lohnerhöhung von 20 Prozent.

KURSWECHSEL. In Ländern ohne gesetzliche Mindestlöhne stärkt die Richtlinie auch die Gewerkschaften, denn sie verpflichtet alle EU-Staaten, dafür zu sorgen, dass mindestens 80 Prozent aller Beschäftigten einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind. In Irland profitieren zurzeit nur gut ein Drittel der Beschäftigten von einem GAV. Kein Wunder, dass der Generalsekretär des irischen Gewerkschaftsbundes, Owen Reidy, die Richtlinie als einen fundamentalen Kurswechsel begrüsst.

STARRKÖPFIGER RICHTSHOF. Owen Reidy weiss, wovon er spricht. Nach der Krise von 2008 verschrieben EU-Kommission und EU-Finanzminister ganz andere Rezepte, nämlich radikale Lohnsenkungen und die Deregulierung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV), und dies, obwohl die Lohnpolitik bis dahin als eine nationale Aufgabe angesehen wurde. Da Lohnpolitik ein wichtiger Faktor sei, um das «ordnungsgemässe Funktionieren» der europäischen Wirtschaft zu garantieren, wies der Europäische Gerichtshof jedoch alle Gewerkschaftsklagen gegen die Verschreibung dieser ungeniessbaren Rezepte zurück.

RETOURKUTSCHE. Zum Glück drehten die Gewerkschaften und ihre Verbündeten im Europaparlament den Spiess nun um. Die Arbeitgeber versuchten, die Mindestlohnrichtlinie mit juristischen Argumenten über die angeblich mangelnden EU-Kompetenzen in der Lohnpolitik zu stoppen. Ihre Rechnung geht jedoch nicht auf. Wenn die EU nach der Krise von 2008 mehreren Ländern ungestraft Lohnkürzungen verschreiben konnte, so muss die EU jetzt umgekehrt auch die Kompetenz haben, höhere Mindestlöhne einzufordern.

Berufsbildung: Melanie Mühl (19) muss wieder bei null anfangen

«Damit ich gesund werden kann, musste ich meine Lehre abbrechen»

Im zweiten Lehrjahr musste Melanie Mühl (19) ihr Lehrverhältnis auflösen. Der Druck im Betrieb wurde ihr zu gross, das Verständnis für ihre Krankheit zu klein.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Ich war schon fast in der Hälfte meiner Lehre, aber ich wusste: jetzt muss ich für mich selber einstehen!» Melanie Mühl aus Egerkingen SO hat letzten Sommer ihre Lehre als Gebäudetechnikplanerin Heizung abgebrochen. Der Grund: Ihr Arbeitgeber hatte wenig Verständnis für die Krankheit der 19jährigen.

Im Frühling letzten Jahres hat Melanie Mühl das obligatorische Baupraktikum absolviert, welches Teil der Lehre als Gebäu-

«Meine Offenheit ist gegen mich verwendet worden.»

detechnikplanerin Heizung ist. In dieser Zeit wurde die Lernende krank. Im Betrieb ging sie damit offen um, ihrer Chefin hat sie die Belastung geschildert. «Ich hatte das Gefühl, dass ich vertrauen kann. Dass meine Offenheit gegen mich verwendet wurde, kam für mich aus dem Nichts.» Mühl wurde für zwei Wochen krank geschrieben. In dieser Zeit erhielt sie von ihrem Lehrbetrieb einen Brief mit Anschuldigungen.

ENORMER DRUCK

«Ich war zu diesem Zeitpunkt bereits gesundheitlich angeschlagen, der Brief hat mich zusätzlich belastet», sagt Mühl. Denn der Inhalt hat es in sich: Zwar wird ihr die Unterstützung durch den Betrieb angeboten, doch der Rest des



NOTBREMSE: Die Lehre als Gebäudetechnikplanerin Heizung hat Melanie Mühl gefallen. Aber: «Der Umgang mit den Lernenden war unfair.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Schreibens klingt weniger danach. Der Betrieb listete auf, was Mühl alles nicht erfüllte und wo ihre Schwächen seien. Darauf folgten in sechs Punkten Forderungen, die Mühl innert eines Monats erfüllen müsse. «Die Schulnoten sind zu verbessern», steht unter anderem ermahnend. Oder «die Konzentration wird über längere Zeit gehalten». Obwohl ihre Ausbilder wussten, dass Konzentrationsschwäche zum Krankheitsbild der 19jährigen gehört.

Das Schreiben endet damit, dass der Betrieb das Lehrverhältnis auflöse, falls Mühl die aufgelisteten

Erwartungen nicht erfüllte. Ein herber Schlag für die engagierte Lernende.

Melanie Mühl fühlte sich unter enormen Druck gesetzt: «In diesem Moment wurde mir klar: Damit ich gesund werden kann, muss ich jetzt auf mich selbst schauen und die Lehre als Gebäudetechnikplanerin abbrechen.» Dafür holte sie sich Unterstützung beim Solothurner Unia-Jugendsekretär Avni Ibrahim. Dieser sagt: «Ich versuchte, das Bestmögliche für sie herauszuholen. Leider waren die Vorwürfe zu massiv und der Ausfall am Arbeitsplatz zu

gross, um eine Fortsetzung des Lehrverhältnisses zu erhalten.» Der Gewerkschaftssekretär unterstützt Mühl jetzt in der Gestaltung ihrer beruflichen Zukunft.

Bereits vor ihrer Erkrankung war Mühl zunehmend unzufrieden mit ihrer Ausbildung: «Der Beruf hat mir gefallen, aber der Umgang mit den Lernenden war unfair.» Zum Beispiel haben sich die Mitarbeitenden wenig Zeit genommen, um neue Aufgaben detailliert zu erklären. Weil sie selbst unter Zeitdruck standen, war die Geduld schnell am Ende.

Auch die Zahlen des Bundesamts für Statistik widerspiegeln die Unzufriedenheit von Lernenden. Es gab noch nie so viele Lehrabbrüche und Lehrvertragsauflösungen wie im Jahr 2022. Bei einer Vertragsauflösung können die Lernenden ihre Ausbildung im Prinzip in einem neuen Betrieb weiterführen. Der Lehrabbruch hingegen bedeutet, dass man aus der beruflichen Grundbildung aussteigt.

GROSSE TRÄUME

Nach dem Lehrabbruch muss Mühl jetzt von null anfangen und sich wieder mit ihrer Berufswahl auseinandersetzen. «Damals als Teenager war ich mit der Berufswahl überfordert. Ich wusste nicht genau, was mir wirklich gefällt», sagt sie. Für den Beruf als Gebäudetechnikplanerin entschied sie sich, weil sie die Fächer Mathematik und Physik mag. Auch ihre Eltern hatten Einfluss auf die Berufswahl. Jetzt will sie das machen, was ihr wirklich gefällt.

Sie hat sich entschieden, die Fachmittelschule zu besuchen, um später einmal Lehrerin zu werden. «Ich lerne gerne und interessiere mich für vieles, das will ich Kindern in der Unterstufe weitergeben», sagt sie. Dafür büffelt Mühl fleissig, denn im März stehen bereits die Aufnahmeprüfungen bevor.

Ex-Seco-Direktorin wird Verwaltungsrätin des Nahrungsmultis Nestlé

300 000 Franken für 11 Sitzungen

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch war bis vor 9 Monaten Staatssekretärin und Direktorin des Seco. Jetzt wechselt sie in den Verwaltungsrat von Nestlé. Das lohnt sich für beide Seiten.

CLEMENS STUDER

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist das marktradikalste Nest im Baum der Bundesverwaltung. Zu Massnahmen, die den Lohnabhängigen nützen, muss das Seco regelmässig getragen werden, den Konzernen und der Finanzindustrie springt es nach wie ein gut dressiertes Hündchen. Das zahlt sich aus. Wenn schon nicht für die arbeitende Mehrheit in diesem Land, so doch für die Seco-Chef-beamtinnen und -beamten.

REICHER LOHN

Neuster Fall: Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, bis Juli 2022 Seco-Direktorin und ab 23. April 2023 Verwaltungsrätin des Nahrungsmittelmultis Nestlé. Die Nestlé-

Verwaltungsrätinnen und -räte haben sich 2022 zu 11 Sitzungen getroffen, die durchschnittlich



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch. FOTO: KEY

2 Stunden und 55 Minuten dauerten. Dafür bekommen sie 280 000 Franken Honorar und 15 000 Franken Spesen im Jahr. Für den Einsitz in einem der Verwaltungsratsausschüsse kommen minimal 70 000 Franken und maximal 300 000 Franken hinzu. Ebenfalls pro Jahr. Zum Vergleich: Das Lohnmaximum für einen 100-Prozent-Job beim Bund liegt bei knapp 400 000 Franken.

Laut Nestlé-Mitteilung hat sich Ineichen-Fleisch für den äusserst üppig dotierten Job empfohlen, weil sie «über umfangreiche Erfahrung in internationalen Beziehungen» und über «weitreichende Erfahrungen in den Bereichen globale Handelspolitik und internationale Organisationen» verfügt. Das weiss wohl niemand besser als die Nestlé-Spitze. Schliesslich hat Ineichen-Fleisch ebendiese «Erfahrungen» bereits als Seco-Direktorin im Interesse von Nestlé eingesetzt. Die Menschenrechtsorganisation Public

Nestlé hat in Bundesbern mächtige Verbündete.

Eye hat dies im vergangenen Sommer ausführlich aufgearbeitet (nachzulesen hier: rebrand.ly/nestle-mexiko). Kurz gesagt, geht es darum: Weil Fettleibigkeit in Mexiko ein epidemisches Ausmass angenommen hat, wollte die Regierung die Nahrungsmittelindustrie verpflichten, Warnhinweise auf ihren ungesunden

Produkten anzubringen. Das passte den Nahrungsmittelkonzernen nicht. Nestlé wandte sich vertrauensvoll an das Seco, das umgehend spurte. Und im Namen der Schweiz mehrfach für Nestlé & Co. in internationalen Gremien tätig wurde. Letztlich erfolglos, weil sich die mexikanische Regierung nicht einschüchtern liess.

UMGEKEHRT GEHT'S AUCH

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt: Das «Bäumchen wechsle dich»-Spiel funktioniert nicht nur als Einbahnstrasse vom Bund zu Nestlé. Es geht auch in die umgekehrte Richtung. FDP-Aussenminister Ignazio Cassis machte 2019 kurzerhand Christian Frutiger, den Chef-Lobbyisten von Nestlé, zum Deza-Vize-Direktor. Die Deza ist unter anderem zuständig für die globale und regionale Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Schwierig zu sagen, welcher Wechsel Nestlé mehr nützt. Ineichen-Fleisch in den Verwaltungsrat oder Frutiger zum Bund. Riechen tut beides ähnlich streng.



PURE VERZWEIFLUNG: Die Erdbeben in der Türkei und in Syrien forderten über 50 000 Menschenleben. FOTO: KEYSTONE

Türkische Oppositionelle kritisieren Erdoğan Ein Land in Trümmern

Nach dem Horror-Beben versagt die türkische Regierung auf der ganzen Linie. Eine Unia-Aktivistin, ein geflüchteter Gewerkschafter und ein Ex-Bürgermeister rechnen ab.

JONAS KOMPOSCH

Eigentlich ist Firat Anli (52) ein hellwacher und aufgestellter Typ. Aber nicht heute. Nicht mehr, seit am 6. Februar zwei gewaltige Erdbeben in der Südtürkei und in Nordsyrien über 50 000 Menschen in den Tod rissen. Seit her findet Anli keine Ruhe mehr. Er will helfen. Doch im Berner Exil, wo er seit fünf Jahren lebt, sind seine Möglichkeiten begrenzt. Insbesondere im Vergleich zu früher: Bis zu seiner Verhaftung als angeblicher «Terrorunterstützer» im Jahr 2016 war Anli Co-Bürgermeister der Kurden-Metropole Amed, besser bekannt unter ihrem türkischen Namen Diyarbakir. Die Zweimillionenstadt liegt 300 Kilometer vom Epizentrum entfernt. Trotzdem sind dort gegen 200 Häuser eingestürzt. Zahlreiche Opfer kennt Politiker Anli persönlich. «Ich bin müde», sagt er, «und sehr traurig.» Geschlafen habe er in letzter Zeit kaum, und wenn, dann nur schlecht. Denn: «Der Albtraum ist nicht vorbei.»

Erdoğan's Leute konfiszieren Hilfsgüter der Linkspartei HDP.

Zum Beispiel für den Kurdischen Roten Halbmond unter [heyvasor.ch](https://www.heymasor.ch) oder [solidar.ch](https://www.solidar.ch)

EIN-MANN-REGIERUNG VERSAGT

Tatsächlich folgten bereits mehrere schwere Nachbeben, zuletzt eines am 27. Februar. Zudem, so Anli, sei die Nothilfe im bitterkalten Katastrophengebiet völlig unzureichend. Das sieht auch Lami Özgen (60) so. Der türkeiweit bekannte Ex-Präsident des Gewerkschaftsdachverbands KESK lebt als politischer Flüchtling ebenfalls in Bern. 2017 war Özgen in der Türkei zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden – wegen angeblicher «Mitgliedschaft in einer Terrororganisation». Ausgerechnet er, der sich seit je für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts einsetzt. Heute wirkt auch Lami niedergeschlagen. Auch er hat in den Trümmern Verwandte, Freunde und Genossen verloren.

Umso grösser sei der Schmerz, da er zuschauen müsse, wie die Menschen im Stich gelassen würden. Lami sagt: «Es dauerte zwei volle Tage, bis nennenswerte Unterstützung eintraf. Und sogar drei Tage Anlaufzeit brauchte die Armee!»



IM SCHWEIZER EXIL: Wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit mussten sie aus der Türkei fliehen: Firat Anli, Mine Çetinkaya und Lami Özgen (v.l.). FOTOS: ZVG (2) / MATTHIAS LUGGEN

Dieses Staatsversagen habe strukturelle Gründe. Präsident Recep Tayyip Erdoğan (69) habe die Republik in einen gleichgeschalteten Führerstaat umgebaut. Sämtliche Amtsstellen und Gemeindeführer schauen jetzt nur noch zu ihm hoch. Ohne seinen Fingerzeig traue sich kaum mehr jemand, die Initiative zu ergreifen – in einer Katastrophensituation verheerend! Behördenversagen allein erkläre die Misere aber nicht, ergänzt Mine Çetinkaya (50).

Auch sie hat in Bern politisches Asyl gefunden. Zuvor hatte sich die Heilpädagogin in der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen engagiert. Das passte dem Regime nicht. Çetinkaya kam ins Gefängnis. 2017 gelang ihr eine waghalsige Flucht übers Mittelmeer in die Schweiz (work berichtete: [rebrand.ly/minesflucht](https://www.rebrand.ly/minesflucht)). Çetinkaya, heute aktives Unia-Mitglied, sagt: «Es ist nicht so, dass der Staat

SPENDEN, ABER RICHTIG!

bloss überfordert gewesen wäre. Es fehlt ihm auch der Wille!» Die Katastrophengebiet sei Ankara schliesslich schon lange ein Dorn im Auge.

Bis 1995 brannte das Militär 4000 kurdische Dörfer nieder. Zur letzten Gross-Eskalation war es 2015 gekommen: Erdoğan hatte den Friedensprozess mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK aufgekündigt. Jugendliche errichteten darauf Barrikaden, besonders in Sur, der Altstadt von Diyarbakir. Erdoğan schickte Panzer. Seither ist Sur zerstört. Diyarbakir steht noch immer unter Zwangsverwaltung. Und genau das behindere eine effiziente Krisenbewältigung, sind sich die drei Flüchtlinge einig. Ex-Bürgermeister Anli erklärt: «Unsere Verwaltung legte immer Wert auf ein gutes Verhältnis zu den NGO. Regieren hiess für uns nicht befehlen. Wir verfolgten einen partizipativen Ansatz.» Das habe sich ge-

lohnt. So habe seine Stadt 2016, als der IS das syrische Kobane belagerte, im Nu 180 000 Flüchtlinge aufnehmen und versorgen können. Doch unter der Zwangsverwaltung sei das Verhältnis zu den zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern zerbrochen. Mehr noch: Unabhängige Hilfsinitiativen würden jetzt aktiv behindert. Gewerkschafterin Çetinkaya nennt ein Beispiel aus der Stadt Pazarcik: Dort hatte die Linkspartei HDP in einem Gebetshaus ein Krisenkoordinationszentrum eingerichtet. Doch Erdoğan's Leute stürmten das Haus und konfiszieren die Hilfsgüter.

ERDOĞAN: «DRECKIGER SCHUFT»

Die grösste Hilfsorganisation wiederum, der Türkische Rote Halbmond (TRH), hat bereits über 2000 Zelte verkauft statt verteilt. Und dabei 2,3 Millionen Euro kassiert. Die Organisation steht zudem im Verdacht, sich von Erdoğan politisch instrumentalisieren zu lassen. Auf Mai sind Wahlen angekündigt. Doch dem Staatschef fliegt jetzt das miserable Krisenmanagement um die Ohren. In den Fussballstadien des Landes protestieren bereits die Fankurven – ein Alarmsignal für jeden Langzeitherrscher! Erdoğan will die Wahl daher um ein Jahr verschieben. Schon jetzt reagiert der 69-jährige auf jede Kritik allergisch: «Du hinterhältiger, dreckiger Schuft», sagte er zu einem Erdbebengeschädigten, der den TRH kritisiert hatte.

Noch schlimmer steht es um die Katastrophenschutzbehörde AFAD. Mitarbeitende wurden erwischt, wie sie ausländische Hilfslieferungen umetikettierten – mit dem Logo von Erdoğan's AKP. Bedenklich: Der Grossteil der internationalen Hilfe läuft über die AFAD und den TRH. Anli, Özgen und Çetinkaya warnen: Bei der Notversorgung dürfe man sich nicht auf den türkischen Staat verlassen. Sie empfehlen daher, an den Kurdischen Roten Halbmond zu spenden. Diese Hilfsorganisation ist nicht nur in der Türkei, sondern auch im schwer zugänglichen Syrien präsent.



la suisse existe
Jean Ziegler

RÜCKWEISUNG IN DIE HÖLLE

Ali Reza war ein schüchtern, höflicher siebzehnjähriger Junge aus Afghanistan. Ihm war auf wundersame Weise die Flucht über Iran und die Türkei auf die griechische Insel Lesbos gelungen. Im Lager Moria und dann in Kara Tepe erlebte er die Hölle. In den Aufanglagern auf der Insel im Ägäischen Meer herrscht Unterernährung, Polizeiterror und totale Hoffnungslosigkeit. Ali Reza wurde von gewalttätigen griechischen Polizisten

Ali Reza musste sterben, weil ihm die Schweiz kein Asyl gewährte.

erpresst, gefoltert und sexuell missbraucht. Ihm gelang schliesslich die Flucht auf den

Kontinent und später über die Balkanroute in die Schweiz. In Genf fand er Aufnahme, medizinische Betreuung und Schulbildung. Im November 2022 wurde sein Asylgesuch abgelehnt. Zuerst durch einen dummen Bürokraten in Bern. Dann durch die Richter des Bundesverwaltungsgerichtes in St. Gallen. Das Verdikt: gewaltsame Rückführung ins griechische Lager. Berner Asylbeamte und St. Galler Richter ignorierten kaltherzig die dringenden Warnungen der Ärzte und Betreuenden: diese hatten vor der Gefahr eines Suizids gewarnt und das traumatische Leid des jungen Afghanen beschrieben. Am frühen Morgen des 30. November 2022 sprang Ali Reza von einer Brücke. Er tötete sich selbst. Er konnte die Rückweisung in die Hölle nicht ertragen.

KALTE KELLER-SUTTER. Die Schweiz hat das Abkommen von Dublin unterschrieben. Dieser Staatsvertrag von 1990, revidiert 2003, sieht vor, dass ein Flüchtling sein Asylgesuch nur in einem einzigen Staat einreichen darf. Meist nämlich dort, wo er europäischen Boden betritt. Versucht er mehrmals, ein Gesuch zu deponieren, kann er in sein Erstland zurückgewiesen werden. Eine Ausnahme besteht: wenn das Erstland keine Rechtssicherheit bietet, darf der Flüchtling nicht rückgeführt werden.

Alis Rückführung nach Lesbos wurde von der damaligen Justizministerin Karin Keller-Sutter angeordnet. Ihre Praxis stellte einen radikalen Bruch dar mit jener ihrer Vorgängerin. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, unterstützt von ihrem klugen Staatssekretär Mario Gattiker, hatte sich systematisch geweigert, minderjährige Asylsuchende nach Griechenland zurückzuschicken.

BRUTALE FOLTER. Samstag, der 4. Februar 2023: Hunderte Menschen demonstrieren auf dem Bundesplatz in Bern. Ihre Forderung: «Keine Rückweisung von Asylsuchenden nach Kroatien!» Kroatien ist seit 2013 EU-Mitglied. Seine Grenzpolizei «schützt» die Ostgrenze der Festung Europa. Die kroatische Grenzpolizei zeichnet sich aus durch ihre extreme Brutalität. Der Grüne Erik Marquardt ist deutscher EU-Abgeordneter und Präsident der Untersuchungskommission des EU-Parlaments. Er hat eine Liste der kroatischen Verbrechen erstellt: Wem es gelingt, durch den Stacheldrahtzaun an der serbisch-kroatischen Grenze zu gelangen, wird häufig von den kroatischen Schlägertruppen gefoltert und zusammengeschlagen. Die Polizisten reissen den Flüchtlingen mitten im Winter die Kleider vom Leib oder, schlimmer noch, die Fingernägel aus.

WO IST HOFFNUNG? Karin Keller-Sutter ist nicht mehr Justizministerin. An ihrer Stelle ist jetzt Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider verantwortlich für die Flüchtlingspolitik. Sie hat Empathie und Vernunft. Sie verspricht, keine Asylsuchenden in die Hölle von Kroatien oder Lesbos zurückzuweisen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



AUFMARSCH: Eine Delegation von rund 50 Arbeiterinnen und Arbeitern zog zur Gastrosuisse-Zentrale in Zürich und übergab das Manifest. FOTOS: NICOLAS ZOMVI

10 000 Gastro-Mitarbeitende haben unterschrieben: Ein Manifest für die Würde

Im Gastgewerbe sind die Löhne zu tief und die Arbeitsplanung zu kurzfristig. Damit soll jetzt Schluss sein.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Rund fünfzig Gastro-Mitarbeitende stehen mit Trillerpfeifen und Transparenten vor dem Hauptstiz von Gastrosuisse in Zürich Affoltern. Aida Salamin ist eine von ihnen. Sie sagt: «Seit Jahren ändert sich nichts!» Die 37jährige arbeitet in einem Hotel im Wallis in der Gastronomie ist sie bereits seit über acht Jahren tätig. «Ich bin müde. Und die Zeit, mich zu erholen, fehlt mir, wenn ich immer wieder spontan einspringen muss», erzählt sie. Ihre Kollegin Ana Savić* ergänzt: «Und wenn jemand krank ist oder eine Stelle nicht besetzt wird, arbeiten wir für zwei Personen.»



Aida Salamin.

Wie sie genug haben von zu tiefen Löhnen und unregelmässigen Arbeitszeiten, haben über 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Branche ein Manifest unterschrieben. Der Titel: «Wir wollen in Würde leben». Das fordern die Mitarbeitenden von Restaurants, Bars, Hotels und anderen Gaststätten. Anhand von elf konkreten Veränderungen:

- Verbesserung der Löhne und Erhöhung der Mindestlöhne;
- Berücksichtigung der Berufserfahrung;
- ein Ende der Arbeit auf Abruf;
- Arbeitsplanung drei Wochen im voraus und schriftliche Konsultation bei Änderungen;
- Bezahlung aller geplanten Stunden;
- Recht auf Nichterreichbarkeit;
- Bezahlung der Umkleidezeit;
- Bereitstellung der Arbeitsgeräte, inkl. Schutzmaterial;
- transparente und gerechte Verteilung der Trinkgelder;
- Ausbildung der Personalverantwortlichen und Massnahmen gegen alle Formen der Belästigung;
- mehr Kontrollen, um die Einhaltung der Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

BEI PLATZER REINGEPLATZT

Der Demo-Zug im Zürcher Schneegestöber stösst vor dem Hauptstiz von Gastrosuisse aber auf taube Ohren. Die Storen des Bürogebäudes sind heruntergelassen, in der

Eingangshalle wartet nicht etwa der Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer, sondern Sicherheitspersonal. Davon lassen sich die Gastro-Mitarbeitenden aber nicht beeindrucken: Sie machen draussen weiter mächtig Lärm! Gastroarbeiter Giuseppe Bottari ergreift das Wort. Auf italienisch macht er klar: «So geht es nicht mehr weiter!» Während seiner Ansprache richtet er den Blick nach oben in die wohl warmen Büros von Gastrosuisse. Und seine Worte treffen den Nerv der Gastro-Mitarbeitenden, seine Rede erntet Pfiffe und Jubel.

Diese Euphorie nimmt der Demo-Zug mit und betritt die Eingangshalle des Bürogebäudes. Am Empfang geben sie das Manifest ab, gedruckt auf eine grosse Kartontafel. Auch Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito ist dabei. Sie sagt: «Seit 2019 warten wir auf die GAV-Verhandlungen. Wir sind immer noch da, und wir werden immer mehr.»

KEIN RESPEKT

Gastrosuisse blockiert seit Mai 2019 die Gespräche für neue Lohnverhandlungen. Und das, obwohl die Arbeiterinnen und Arbeiter während der Pandemie Lohnneinbussen durch Kurzarbeit oder gar Jobverlust erdulden mussten. Und obwohl die Branche wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der tiefen Löhne aktuell grosse Mühe hat, Personal zu finden. Doch Gastrosuisse ist verpflichtet, die Lohnverhandlungen von März bis Juni zu führen. Es geht nämlich um die neuen Mindestlöhne, die ab 2024 gelten.

Zurück nach Zürich Affoltern: Das Sicherheitspersonal hat gar keine Freude am Besuch der engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und eskortiert sie rasch aus dem Gebäude. Von Gastrosuisse lässt sich weiterhin niemand blicken. «Sie haben einfach keinen Respekt vor uns!» ruft eine Arbeiterin.

Genau deshalb war die Aktion bei Gastrosuisse erst der Anfang. Der Frauenstreik am 14. Juni 2023 wird auch im Gastgewerbe grossgeschrieben – sei es auf den Strassen oder in den Betrieben. Denn weiterhin ist die Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben in der Branche ein grosses Problem. Und ein zentrales Anliegen der Frauen in der Gastrobranche: Nulltoleranz gegenüber sexueller Belästigung. Denn diese erleben sie regelmässig an ihren Arbeitsplätzen.

Simona Isler und Lina Gafner leiten das Gosteli-Archiv – das Gedächtnis der Schweizer Frauengeschichte

«Ohne Frauenbewegungen würden wir nicht Velo fahren!»



Das Gosteli-Archiv hütet die Geschichte der Frauenbewegung. Damit wir nie vergessen, wem wir das Frauenstimmrecht, die Mutterschaftsversicherung oder die professionelle Pflegerinnen-ausbildung zu verdanken haben.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Mitten im Altikofenquartier in Worblaufen BE, umgeben von einer grossen Wiese, steht ein herrschaftliches Haus. Hier befindet sich das Gosteli-Archiv. Wie fühlt es sich an, an einem solchen Ort zu arbeiten?
Lina Gafner: Man fühlt die Geschichte, die in diesem alten Haus steckt, die Arbeit und das Engagement für die Frauen. Die Archivgründerin Marthe Gosteli hat das Gut Altikofen nach dem Tod ihres Vaters gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrer Schwester verwaltet, was nicht einfach war Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie mussten Land verkaufen, für Eisenbahnschienen, später für die Autobahn, dann für ein Schulhaus und für Siedlungen. Die Geschäftspartner haben die Frauen wohl ziemlich unter Druck gesetzt und ihnen das Land sicher nicht zu den besten Bedingungen abgekauft.

Simona Isler: Wir sind immer noch umgeben von Pferdegevieh! Marthe Gosteli war eine leidenschaftliche Reiterin und hat auch therapeutisch mit Pferden gearbeitet.

Marthe Gosteli war eine berühmte Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht. Sie war auch Bauerntochter und SVP-Mitglied. Simona Isler, Sie sind ihr vor ihrem Tod 2017 bei Ihren Recherchen hier im Haus begegnet. Wie waren diese Begegnungen?

Isler: Ja genau, Marthe Gosteli war Bauerntochter und ist im Bauernhaus aufgewachsen. Erst gegen Ende ihres Lebens bezog sie ein Zimmer hier im Archivhaus. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1971, sie war zu diesem Zeitpunkt schon Mitte 50, wurde sie Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), aus der später die SVP hervorging. Frau Gosteli ist mit ihrer Parteiwahl der bäuerlichen und familiären Tradition gefolgt. Sie hat übrigens die interessante Beobachtung gemacht, dass der Beitritt der Frauen in die unterschiedlichen Parteien die Frauenbewegung gespalten und geschwächt hat. Das hat sie sehr bedauert.

Als ich als Studentin für meine Masterarbeit die Dokumente der Radikalfeministinnen* von Bern und Freiburg erforschte, bin ich ihr regelmässig begegnet. Die Küche hier im Haus hatte einen sehr privaten Charakter, ihre Sachen waren im Kühlschrank. Und es war ihre Kaffeemaschine in der Küche, die man aber mitbenutzen konnte. Die Grenze zwischen ihrer Person und ihrem Archiv war sehr fließend. Sie war eine eindrucksvolle Persönlichkeit, der Austausch mit ihr war immer sehr berührend. Und ihr war es sehr wichtig, das Archiv für alle Frauenbewegungen zu sein, für das ganze politische Spektrum.

Marthe Gosteli: Kämpferin für das Frauenstimmrecht

Marthe Gosteli (1917–2017) wuchs als Bauerntochter in Worblaufen bei Bern auf. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete sie in der Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabes. Nach dem Krieg leitete sie die Filmabteilung des Informationsdienstes in der US-amerikanischen Botschaft in Bern.



FOTO: VESTRONE

BEWEGT. Marthe Gosteli war Präsidentin des bernischen Frauenstimmrechtsvereins, danach Vizepräsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenvereine (BSF, heute Alliance F). 1970/1971 präsidierte sie die Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Frauenverbände für die politischen Rechte der Frau. Gosteli trug massgeblich dazu bei, dass 1971 die Schweizer Männer das Frauenstimmrecht annahmen. Die Bürgerliche kandidierte 1971 für die erste «Frauenlegislatur»: Sie wollte für die BGB (die sich im selben Jahr in SVP umbenannte) in den Nationalrat, schaffte die Wahl aber nicht.

Im Jahr 1982 gründete Gosteli das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung und die Gosteli-Stiftung (gosteli-foundation.ch). (asz)

1982 gründete Marthe Gosteli das Archiv und finanzierte es mit ihrem Vermögen. Nach ihrem Tod war die Zukunft des Frauenarchivs ungewiss. Erst als der Bund finanzielle Unterstützung versprach, zog der rechtsbürgerliche Kanton Bern nach. Was hätte der Verlust des Gosteli-Archivs bedeutet?
Gafner: Es bestand die Möglichkeit, die Bestände ins Bundesarchiv überzuführen. Dann wäre die Schweizer Frauengeschichte einfach ein kleiner Teil des riesigen Bundesarchivs und der Männergeschichte geworden und nicht auf die gleiche Weise sichtbar geblieben.

Isler: Die meisten Archive sind ja staatliche Archive. Gemeinden, Kantone und der Bund legen dort Rechenschaft ab über ihr Handeln. Dadurch, dass die Frauen erst so spät das Stimm- und Wahlrecht bekommen, existieren sie in diesen Archiven jedoch nicht. Sie haben aber natürlich schon vor 1971 politische Prozesse mitgestaltet. Frauen haben Expertinnengruppen gegründet, Briefe geschrieben, Petitionen lanciert, haben mitgedreht und

sich eingemischt. Ohne Frauenarchiv kann die Geschichte der politischen Schweiz nicht geschrieben werden.

Und ohne das Frauenarchiv würde das Verständnis dafür fehlen, wie die aktuellen Verhältnisse zustande gekommen sind.

Gafner: Zum Beispiel wenn wir uns fragen, was der 8. März für die Geschichte der Frauen für eine Bedeutung hat, dann lohnt sich ein Blick ins Archiv. Seit wann gibt es den Frauentag in der Schweiz? Wie wurde er früher gefeiert, und wie hat er sich über die Jahrzehnte verändert? Nur so können wir nachvollziehen wie wichtig er für die Frauenbewegung ist. **Isler:** Oder nehmen wir die heutigen Arbeitsbedingungen in der Pflege, die momentan stark in der Kritik sind. Dank dem Archiv können wir herausfinden, ob das ein neues Phänomen ist. Oder wie die Bedingungen früher waren und wie sich Frauen für den Pflegeberuf eingesetzt haben. Was gab es für politische Bewegungen? Was für Anliegen und Aktionsformen? Die Vergangenheit gibt zwar keine Rezepte für die Gegenwart, ist aber eine tolle Inspirationsquelle. **Gafner:** Marthe Gosteli sagte immer: «Ohne Geschichte keine Zukunft.»

Das Archiv hat über einen Kilometer Akten. Was für Dokumente wurden vor dem Altpapier gerettet?

Isler: Wir sind das Archiv der klassischen Frauenberufe, also eigentlich auch ein Gewerkschaftsarchiv. Wir herbergen die Dokumente des Kindergärtnerinnenverbandes, des Hebammenverbandes, wir haben Archivmaterial von verschiedenen Pflegerinnenschulen und -organisationen, Hauswirtschaftsschulen, Bäuerinnenschulen. Die Bildungsinstitutionen dieser Frauenberufe sind Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Frauenbewegung entstanden. Auch viele weitere Frauenorganisationen sind bei uns archiviert. Darüber hinaus haben wir auch Dokumente der Verbände hier, die gegen das Frauenstimmrecht waren. Oder biographische Dokumente von über 11 000 Frauen, die in Lexika nicht zu finden sind, weil wir das Kriterium der Wichtigkeit anders auslegen als andere Nachschlagewerke. Unsere Archivbestände sind online für alle Interessierten zugänglich.

Welches sind Ihre persönlichen Archiv-Perlen?

Isler: Einer meiner Lieblingsbestände ist derjenige der Pflegerinnenschule Zürich. Die Schule wurde Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Da war der gemeinnützige Frauenverein federführend, zusammen mit der Ärztin Anna Heer und der Krankenschwester Ida Schneider. Den beiden Frauen war es ein Anliegen, den Pflegeberuf zu professionalisieren. Heer und Schneider wollten eine Pflegeausbildung nach englischem Vorbild. Dafür haben sie Geld gesammelt, die Schule aufgebaut und ein Frauenspital dazu. Zu Beginn war es eine reine Fraueninstitution, von Frauen geführt, für Frauen – nur der Abwart war ein Mann. Im Archiv haben wir auch die Uniformen, Häubchen und Broschen der Pflegerinnen.

Gafner: Ich bin immer wieder überwältigt von unseren Fotobeständen. Da haben wir einen unglaublich reichen Bilderschatz, der Frauennetzwerke abbildet. **Isler:** Und da sind natürlich die Dokumente der heutigen SV-Group, die ursprünglich Verband Soldatenwohl hiess, gegründet von Else Züblin-Spiller, um Soldaten alkoholfrei zu verpflegen. Wir haben Geschir, Uniformen, Lohnbuchhaltung und ganz viele Fotos der SV-Group, die heute zu den grössten Catering-Firmen gehört.

Wie ist der Frauenstreik von 1991 dokumentiert?
Isler: Wir haben regionale Frauenkomitees, etwa von Solothurn oder von Rapperswil, und ein Dossier mit Zeitungartikeln. Dieser Bestand wird aber sicher noch wachsen, da viele Frauen ja noch leben und aktiv sind.

Wie stand Marthe Gosteli zum Frauenstreik von 1991?
Gafner: Mit der Streikbewegung konnte sie meines Wissens nicht so viel anfangen.

Und wie sieht es aus mit dem Frauenstreik von 2019? Da wird es ja auch viele digitale Dokumente geben...
Isler: Von dieser neusten Frauengeschichte ist das Material noch nicht archiviert, und die Digitalisierung ist eine grosse Herausforderung für alle Archive, auch für uns! Aber wir haben jetzt zum Glück die Ressourcen, um ein sogenanntes digitales Langzeitarchiv aufzubauen. Wir wollen auch am 14. Juni 2023 präsent sein und den Frauen sagen, wir sind euer Archiv, euer Gedächtnis.

Was plant das Archiv für den 14. Juni 2023?
Gafner: Wir wollen wichtige Fakten zur Frauengeschichte aufbereiten, die eigentlich bekannt sind, aber die wir immer wieder suchen müssen.

Zum Beispiel?
Gafner: Was sind Erfolge der Frauenbewegung, was wäre ohne sie? Wir würden nicht Velo fahren, wir wären nicht berufstätig, wir könnten nicht stimmen und wählen, wir hätten keinen Zugang zu Bildung, wir hätten nicht das Recht, einen Vertrag zu unterschreiben oder ein Konto zu eröffnen ...

... wir hätten keine Hosen an!
Gafner: Vielleicht auch das. Aber sicher hätten wir keine Mutterschaftsversicherung, keine Betreuungsgutscheine in der AHV. Es ist gerade auch für junge Frauen wichtig zu wissen, dass diese Errungenschaften von Frauen erkämpft wurden und nicht einfach schon immer da waren.

Und auch immer wieder neu erkämpft werden müssen.
Isler: Jede Generation muss sich ja neu erfinden und auch abgrenzen von den älteren Frauen. Aber trotzdem ist es wichtig zu wissen: wir müssen nicht immer wieder bei null anfangen. Wir können auch etwas lernen von unseren Müttern oder Grossmüttern. Das gibt eine Kontinuität, die uns stark macht.

Sie führen das Archiv als Co-Leiterinnen. Diese fortschrittliche Leitungsform ist in der männerdominierten Arbeitswelt noch immer selten und galt lange Zeit als realitätsfern. Wieso klappt es bei Ihnen?
Isler: Zur Präzisierung: es ist eine Co-Leitung, also zwei Stellen, und nicht das Teilen einer Stelle im Jobsharing. **Gafner:** Ich sehe sehr grosse Vorteile in dieser Leitungsform. Aber es braucht grosses Vertrauen zueinander und auch viel Offenheit. Und eine Kultur, die Fehler zulässt. Als Co-Leiterinnen können wir uns auch in schwierigen Situationen austauschen. Das ist sehr wertvoll, weil man sonst in solchen Positionen total einsam ist. **Isler:** Für diese Kultur der Zusammenarbeit und des Umgangs mit Fehlern kann ich persönlich sehr viel mitnehmen aus meiner Erfahrung als Aktivistin in der Frauenbewegung. Weil wir uns viel überlegt und ausprobiert haben, wie wir zusammenarbeiten wollen.

Sie haben die Leitung des Archivs vor gut einem halben Jahr übernommen, just zum 40-Jahr-Jubiläum. Gibt's das Gosteli in 40 Jahren noch?
Gafner: Solange es Frauenbewegungen gibt und ihre Dokumente nirgends zentral gesammelt werden, so lange braucht es das Gosteli-Archiv. Und wir werden aktiv auf Personen und Organisationen zugehen. Das ist sehr wichtig, weil viele Frauen noch immer in falscher Bescheidenheit denken, es sei nur ein vernachlässigbarer Teil, den sie beitragen.

Auf welche Frauen möchten Sie denn zugehen?
Isler: In einem nächsten Schritt werden wir aktiv auf Migrantinnenorganisationen zugehen und uns in der französischsprachigen Schweiz vernetzen. Weitere Schwerpunkte folgen danach. **Gafner:** Wir möchten, dass das Archiv ein Ort der Begegnung wird, des Dialogs, an dem verschiedene politische Vorstellungen und Utopien aufeinandertreffen können. Momentan ist es noch recht still, wir möchten gerne ein lautes Archiv werden!

* Radikalfeministinnen Bern/Freiburg: Diese Gruppe entstand Ende der 1970er Jahre und war Teil der schweizerischen Frauenbefreiungsbewegung.



SIE BEWAHREN DIE SCHWEIZER FRAUENGESCHICHTE: Lina Gafner (links) und Simona Isler (rechts) sind Historikerinnen und seit August 2022 die Co-Leiterinnen des Gosteli-Archivs. FOTO: ADRIAN MOSER

* Name geändert



FRAUENTAG-AGENDA

DAS LÄUFT AM 8. MÄRZ

BASEL:

12 bis 13.30 Uhr, Theaterplatz: Kundgebung und Unia-Aktion zur Frauenrechtlerin Clara Zetkin, die vor über hundert Jahren den 8. März mitinitiiert hat.



Clara Zetkin. FOTO: PD

BERN:

14 Uhr, Bahnhofplatz: Stand des feministischen Streikkollektivs. 18 Uhr: Demo (unbewilligt). 20.30 bis 23 Uhr, Marta, Kramgasse 8: Feministische Party für Frauen, intergeschlechtliche, trans und agender Personen.

LUZERN:

15 Uhr, Vögeligärtli: Kundgebung der Unia im Bündnis mit anderen Organisationen.

SCHAFFHAUSEN:

17.15 Uhr, Fronwagplatz: Demo. 18.30 Uhr, Bachturnhalle: «Frau, Leben, Freiheit – Frauen in Iran». 19.30 Uhr Apéro mit iranischen Häppchen. 20.30 Uhr: Theater «Ausbrauchen». Organisiert vom Frauenstammtisch Schaffhausen.

SOLOTHURN:

19.30 Uhr, Kreuzkultur, Kreuzgasse 4: Spielfilm «The Hill Where Lionesses Roar». Regisseurin Luana Bajrami zeigt ihren Blick auf Kosovo, das sie als Kind verlassen hat.

ST. GALLEN:

16 bis 18 Uhr, Bärrinnenplatz: Frauenbar. 17.30 Uhr, Kornhausplatz: Demo. 18.30 Uhr, Lagerhaus, Davidstr. 42: «Frauen – Frieden – Sicherheit, Bar, Referate, Disco. Organisiert vom Komitee 8. März St. Gallen.

WINTERTHUR:

19 Uhr, Steinberggasse: Demo von 8mzunit.ch.

ZÜRICH:

7. März, 19 Uhr, Volkshaus: Unia-Podiumsdiskussion «Diskriminierung in der Arbeitswelt». Mit Unia-Aktivistinnen aus der Tiefhohrbranche und Politikerin und Fussballerin Sarah Akanji. Anmelden unter rebrand.ly/uniapodium 11. März, 13.30 Uhr, Münsterhof: Demo von 8mzunit.ch.

Mehr Infos zu den Veranstaltungen unter: unia.ch/8maerz und feministischerstreik.ch

Frauenstreik: So begann es 1991...



ALLES SO SCHÖN LILA HIER: Grosse Demos zum Frauenstreik. Hier in Bern. FOTO: KEYSTONE



STÜHLERÜCKEN: Frauen stehen auf, indem sie sich hinsetzen auf Sessel, die Männer bislang besetzten. FOTO: SOZIALARCHIV



FRAUSEIN IST KEINE KRANKHEIT: Feministische Ärztinnen vor dem Bundeshaus. FOTO: BRIGITTE MARASSI



IKONE: Christiane Brunner, Smu-Gewerkschafterin. FOTO: KEYSTONE



REDET SELBER: Das Fräulein ist tot, es lebe die Frau. FOTO: KEYSTONE

... so war es 2019 ...



PRÄSIDENTIAL: Unia-Chefin Vania Alleva spricht am 2. Frauenstreik vor Zehntausenden in Bern. FOTO: MANU FRIEDERICH



ES REICHT! Die nächste Generation Frauen führt den Kampf für Gleichberechtigung weiter. FOTO: KEYSTONE



FEUER UND FLAMME FÜR DAS PATRIARCHAT: Der lahme Gleichberechtigungsschnecke wird eingezigt. FOTO: KEYSTONE



MILLION AUF DER STRASSE: Bunt, laut und sehr entschlossen. FOTO: KEYSTONE



POLITISCH HÄSSIG, PERSÖNLICH GUT GELAUNT: Fünf Walliser Feministinnen auf dem Weg nach Bern. FOTO: ANNETTE BOUTELLIER

... und so gross wird der dritte Streik am 14. Juni 2023

Im Uhren-Jura liegt Frauenstreik in der Luft

Im Vallée de Joux wurde 1990 die Frauenstreik-Idee geboren. Jetzt herrscht wieder Streiklaune. Uhrenarbeiterin Cathy Dematriz (53) erklärt, warum – und welche Rolle dabei der Mittwochnachmittag spielt.

Schon allein mit ihrer lila Haarpracht bringt Cathy Dematriz (53) Frauenstreiklaune ins Vallée de Joux, dieses nebelgraue Hochtal im Jura. «Der Frauenstreik ist hier geboren», sagt die Uhrenarbeiterin stolz. Und sie hat völlig recht: Hier in der peripheren Uhrengegend keimte vor 32 Jahren erstmals die Idee zum Frauenstreik. Heute noch ist der historische Streik ein wichtiger Bezugspunkt der Jurassierinnen und Jurassier. Denn in der heimischen Uhrenindustrie gibt es immer noch krasse Missstände.

SCHWANGERE UNERWÜNSCHT
Frauen verdienen im Schnitt fast 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Und Uhrenarbeiterin Dematriz sagt sogar: «In unserer Branche geht es rückwärts statt vor-

wärts! Zudem kommen ständig neue Anliegen hinzu, für die wir kämpfen müssen.» Besonders junge Arbeiterinnen werde im Beruf immer weniger Respekt entgegengebracht. Dematriz gibt ein Beispiel: «In der Uhrenindustrie haben Frauen Angst, wenn sie schwanger sind.» Denn wer schwanger werde, habe danach grosse Schwierigkeiten, beruflich weiterzukommen. «Mütter, die Teilzeit arbeiten wollen, wird die Pensenreduktion nicht bewilligt oder nur befristet», doppelt Dematriz nach. Dass es rückwärtsgehe, zeige etwa der Mittwochnachmittag: «Früher beka-



DARIJA KNEŽEVIĆ
«Ungerechtigkeit habe ich noch nie ertragen können.»
FRAUENSTREIK-ERRINDERIN LILIANE VALCESCHINI (1937–2019)

men Mütter an den schulfreien Nachmittagen frei, um sich der Kinderbetreuung zu widmen. Das gibt es jetzt nicht mehr.» Dematriz zählt weitere Missstände auf: «Sexuelle Belästigung, Mobbing und Diskriminierung sind keine Seltenheit!» Sofortiger Handlungsbedarf bestehe bei den Löhnen: «Da beträgt der Unterschied zwischen Frauen und Männern 1000 Franken oder mehr – im Monat!» Eigentlich sei das ja beschämend für eine

Industrie, die stolz sei auf ihre Schweizer Luxusprodukte. Tatsächlich wachsen die Gewinne der grossen Hersteller Jahr für Jahr, die Löhne aber stagnieren. Dazu Dematriz: «Ich kenne Frauen, die arbeiten schon über 20 Jahre im Betrieb und verdienen trotz immenser Berufserfahrung nur 4200 Franken im Monat.» Doch jetzt sei genug: «Der Frauenstreik am 14. Juni ist nötiger denn je!» Und Dematriz ergänzt: «Das sind wir unserer Vorkämpferin Liliane schuldig!»

GROSSE FUSSTAPFEN
Wer sich die Probleme der Uhrenarbeiterinnen anhört, fühlt sich in der Zeit zurückgeworfen. Und hier kommt «Vorkämpferin Liliane» ins Spiel. Gemeint ist die 2019 verstorbene Liliane Valceschini. In einem Interview mit work verriet sie einst: «Mich hat vor allem die Situation bei uns im Tal aufgerüttelt. Ungerechtigkeiten habe ich noch nie ertragen können» (nachlesen auf rebrand.ly/liliane). Es war im Jahr 1990. Frauen hatten weder ein Recht auf eine Mutterschaftsversicherung noch auf einen straflosen Schwangerschaftsabbruch. Und wenn eine Arbeiterin schwanger wurde, hatte sie zwar einen Kündigungsschutz, aber keine garantierte Lohnfortzahlung. All diese Umstände diskriminierten die Frauen massiv, obwohl der Gleichstellungsartikel seit 1981 in der Bundesverfassung stand. Für Valceschini war

diese Situation unerträglich. Aber auch das ewige Warten auf Gleichberechtigung war ihr zuwider. Nach hitzigen Diskussionen mit Gewerkschaftskolleginnen über die unfairen Löhne kam ihr plötzlich die zündende Idee: «Ich realisierte, dass es bald genau zehn Jahre her sein würde, seitdem am 14. Juni 1981 die Lohn-

gleichheit in der Bundesverfassung festgeschrieben worden war. Zehn Jahre sind ein runder Geburtstag. Und einen solchen feiert man!» Und warum nicht mit einem Streik? Valceschini traf sich mit Christiane Brunner, der umtriebigen Gewerkschaftssekretärin und künftigen Präsidentin des SMUV, einer Vorgängerorganisation der Unia. Und dann traten die beiden eine Bewegung los. Die bald Geschichte schreiben sollte: den ersten landesweiten Frauenstreik! **«ALLE MÜSSEN AUF DIE STRASSE!»** Zurück ins Vallée de Joux von heute, wo Dematriz über den kommenden Streik spricht. Mit Blick auf den 14. Juni und die Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Uhrenbranche lancierte die Unia eine Umfrage. Sie will von den Arbeiterinnen

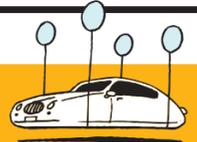
wissen, was ihre dringendsten Themen sind. Das Resultat steht noch aus. Doch Dematriz ahnt schon jetzt, wo der Schuh drückt: «Sexuelle Belästigung, Mobbing, Lohnungleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.» In der Uhrenindustrie arbeiten rund 45 Prozent Frauen. Unia-Sekretärin Nicole Vassalli bereitet sich zurzeit auf die GAV-Verhandlungen vor und sagt klar: «Wir fordern faire und gleiche Löhne. Bei der Gleichstellung muss endlich etwas gehen.» Auch Schwangere müssten besser geschützt werden. Es dürfe kein Druck ausgeübt werden, die Rückkehr an den Arbeitsplatz nach dem Mutterschaftsurlaub müsse gesichert und Teilzeitarbeit einfacher möglich sein.

Für Uhrenarbeiterin Dematriz sind diese Forderungen das mindeste. Denn für sie ist klar: «Der 14. Juni muss gross werden. Alle müssen auf die Strasse!» Und sie betont: «Auch die Männer sind herzlich eingeladen, sich zu engagieren!»

Frauenstreikzahl: 24,9 Prozent
verdienen Uhrenarbeiterinnen im Jahr 2020 im Mittel weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Lohnunterschied in der Branche ist damit sogar wieder gestiegen. 2018 lag er bei 24,4 Prozent.



UHRENARBEITERIN CATHY DEMATRAZ SAGT'S DEUTLICH: «Der 14. Juni muss gross werden. Alle müssen auf die Strasse! Auch die Männer sind herzlich eingeladen, sich zu engagieren!» FOTO: HENRIK OLOFSSON



Elektrische Lastesel: Verstopfen diese Cargo-Bikes nächstens unsere Velowege?

Pöstlerinnen und Handwerker würden sicher auf diese heissen 250-Watt-Lastwägelchen umsteigen. Sobald sie denn einwandfrei funktionieren.

Wie schnell dürfen Autos künftig in unseren rot-grün dominierten Städten noch fahren? Wird die Zahl der Parkplätze in den Zentren der Schweiz richtigerweise weiter reduziert?

Oft dauert alles etwas länger als gedacht. Aber die Tendenzen sind klar: Die Mehrheit der Städterinnen und Städter hat kein eigenes Auto mehr. Ihre Zahl wird weiter zunehmen. Der Anteil der SVP-Wählerschaft in den Städten schrumpft. Früher oder später kommt flächendeckend Tempo 30. Und niemand kann erfolgreich gegen wachsende Mehrheiten politisieren.

Trotzdem müssen Lasten im städtischen Mikrobereich transportiert werden. Die beiden deutschen Unternehmen Schaeffler und Heinzmann wollen den Markt mit neuen, elektrisch angetriebenen Lasteseln aufmischen. Die Vorteile ihres Gerätes:



VELO ODER WÄGELI? Darüber streiten sich die Kritikerinnen. So oder so aber kann man den elektrischen Lastesel im städtischen Verkehr mitschwimmen lassen. FOTO: SCHAEFFLER

Vorteil 1: Die lästige Velokette fällt weg. Wer in die Pedale tritt, treibt einen Generator an, der Strom produziert. Dasselbe geschieht, wenn es bergab geht. Beim Bremsen erzeugt der Generator ebenfalls Strom.
Vorteil 2: Die deutsche Wundermaschine hat eine Leistung

von 250 Watt. Sie kann so auch mit 50 Kilometern pro Stunde durch die Gegend düsen. In Deutschland wird ihr Tempo vorerst auf 25 Kilometer pro Stunde begrenzt, damit der Lasten-Pedelec – wie das «Pedal Electric Cycle» abgekürzt heisst – auch Velo-

wege benutzen kann. Ein Trick.

Vorteil 3: Die Fahrerin und der Fahrer können so stark in die Pedale treten, wie sie dies wollen. Mehr als 50 Watt werden auch die stärksten Wädli nicht produzieren können.

Vorteil 4: Dank der Konstruktion des Gestells sitzen die Päckli-Botinnen und -Boten der Zukunft gut geschützt vor dem Wetter auf dem Velosattel. Bald einmal wird alles noch bequemer dank Sesseln, die reinmontiert werden. Samt einer Sitzheizung für den Winter, der auch nicht mehr das ist, was er einmal war. Wegen des Klimawandels.

Die im Internet recht aktiven Kritikerinnen und Kritiker der Unternehmen Schaeffler und Heinzmann haben irgendwo recht: Es handelt sich hier gar nicht um ein lupenreines elektrisches Cargo-Bike, sondern um ein elektrisches Lastwägelchen der nächsten Generation. Doch was sollte daran schlecht sein? Man kann die Cargo-Bikes im städtischen Verkehr mitschwimmen lassen. Sie können und müssen die Velowege somit nicht verstopfen.

Schaeffler und Heinzmann selber sind vorsichtig. Sie nennen keine Preise und keinen Einführungstermin. Sie testen ihr Konzept vorerst mit ausgewählten Partnern. Ist sicher richtig so. Wir bleiben dran und wünschen aus der Ferne guten Erfolg!

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/velokette1
Wie so oft vermittelt das deutsche «Handelsblatt» die wesentlichen Informationen.

● rebrand.ly/velokette2
275 Leserinnen und Leser der Homepage von «Heise online» kommentieren diese Erfindung. Die Mehrheit von ihnen ist negativ eingestellt. Für sie ist das Greenwashing. Sie befürchten eine Verstopfung der deutschen Velowege.

● rebrand.ly/velokette3
Bisher hiess es: «Hätte, hätte Fahrradkette». Neu gilt, wenn es nach Schaeffler und Heinzmann ginge: «Habe, habe keine Fahrradkette». Ein Video erklärt, wie es funktionieren soll.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Wir sollten uns mal kennenlernen:

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 30. APRIL/1. MAI 2022, NR. 100 · 2,30 EURO (DE), 2,50 EURO (AT), 2,90 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

WWW.JUNGEWELT.DE

junge Welt

Den Spieß umdrehen

Heraus zum 1. Mai. Wir zahlen nicht für eure Kriege: Auf die Straße gegen Hochrüstung und Kapital! Von Raphaël Schmeller

Zeit für Klassenkampf: Die Reichen zur Kasse bitten (Demonstration zum revolutionären 1. Mai 2021 in Berlin)

Weglos
Knoten im Kopf. Die vermeintlichen Lösungsansätze der linken und linksradikalen Befürworter von Waffenlieferungen in die Ukraine. Blick auf einen Bankrott fortschrittlicher Staatskritik. Von Inga Solty
SEITEN 12/13

Frontex-Chef bietet Rücktritt an
Paris. Der Chef der EU-Grenzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, hat nach schweren Vorwürfen gegen ihn seinen Rücktritt angeboten. Das bestätigte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Freitag in Berlin. Die Bundesregierung begrüßt demnach den Schritt. Dieser biete die Möglichkeit eines Neuanfangs bei Frontex sowie dazu, Vorwürfe restlos aufzuklären und sicherzustellen, dass alle Einsätze der Agentur in vollem Einklang mit dem europäischen Recht erfolgten, sagte der Sprecher. Deutschland hat einen Sitz im Verwaltungsrat von Frontex. Dieser beschäftigte sich am Freitag in einer Sondersitzung mit dem Rücktrittsantrag Leggeris. Ein Ergebnis wurde nach jW-Redaktionsschluss erwartet, eine Annahme des Rücktritts jedoch als sicher. Leggeri war jedoch als sicher. Leggeri war im Zusammenhang mit Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch Frontex an den EU-Außergrenzen unter Druck geraten. (AF)

Wehrbeauftragte für mehr Deregulierung
Berlin. Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), hat am Freitag im Plenum eine leere Auslastung der Bundeswehr sowie eine Deregulierung der gesamten Verwaltungsvorgänge angemahnt. Für die Soldaten und Soldaten bedeute der Krieg, «dass es ernst geht und dass es schnell gehen muss, dass es immer einsetzbar muss».

Die Abgeordnete Z Nastie (Die Linke) wies hin, dass der Wehrbeauftragte im vergangenen Jahr auf 52,8 Milliarden Euro an Ausgaben für die Bundeswehr im Jahr 2022 beantragt worden sei. «Deutsche

Jetzt am Kiosk! Montag bis Freitag 2,70 CHF
Sonnabend 3,00 CHF

Alle Verkaufsstellen unter: www.jungewelt.de/kiosk

Aufstand der italienischen Saisoniers in Biel Zwischen Fremdenhass und Krise: So kam es zum «Alba»-Krawall

An der Café-Bar Alba in Biel hing plötzlich ein Schild: «Per tutti gli italiani è vietata l'entrata in questo locale» – Eintritt für alle Italiener in diesem Lokal verboten. Das sorgte für Tumult und Scherben.

RALPH HUG

Wir schreiben das Jahr 1977. In Biel ist die Stimmung mies. Es herrscht Wirtschaftskrise: Entlassungen in der Uhrenindustrie, eine wachsende Zahl von Arbeitslosen. Zudem steht die Abstimmung über eine weitere fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative an. Die Nerven liegen blank. Und plötzlich hängt an der Café-Bar Alba auch noch ein Schild: «Per tutti gli italiani è vietata l'entrata in questo locale» (Eintritt für alle Italiener in diesem Lokal verboten). Die Kunde vom



ANGEHEIZTE STIMMUNG: Nachdem der fremdenfeindliche «Alba»-Wirt den Saisoniers verboten hatte, das Lokal zu betreten, besetzte es die autonome Jugend und veranstaltete ein Picknick. FOTO: PHILIPPE MAEDER

Die Saisoniers waren nicht nur passive Opfer, sondern setzten sich gegen diskriminierende Praktiken zur Wehr.

diskriminierenden Schild verbreitet sich in Windeseile. Bereits am selben Abend kommt es zu einer Protestaktion: Gegen hundert Italienerinnen und Italiener sowie Jugendliche aus dem Autonomen Jugendzentrum (AJZ) erscheinen spontan und verlangen vom Wirt die Entfernung der Tafel. Dieser versperrt die Tür, doch im Lokal sind bereits Leute, die sich mit den Protestierenden solidarisiert. Die Situation eskaliert, Scheiben und Türen gehen zu Bruch. Einer der damals beteiligten Jugendlichen erinnert sich so: «Es herrschte eine prächtige Stimmung!»

PROTEST-PICKNICK

Am nächsten Abend zogen die AJZ-Leute erneut vor «Alba». Obwohl der Wirt das Schild unterdessen abmontiert hatte, protestierten die aufmüpfigen Jungen in Form eines Konsumstreiks: Sie drangen ins Lokal ein, brachten Essen und Trinken mit und veranstalteten ein Picknick. Die Ereignisse schlugen in Biel hohe Wellen. In Leserbriefen, Artikeln und Gesprächen gab es erregte Diskussionen. Florian Eitel vom Neuen Museum Biel ist dieser Geschichte nachgegangen und hat sie rekonstruiert.*

In seiner Analyse wird deutlich, wie aufgeheizt die Stimmung rund um die fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Initiativen in den 1970er Jahren war. Klar wird aber auch, dass die Saison-

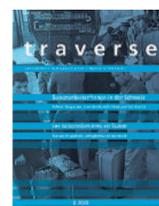
niers nicht nur passive Opfer waren, sondern sich gegen diskriminierende Praktiken zur Wehr setzten, was wenig bekannt ist. Zudem tauchte mit der AJZ-Jugend ein neuer politischer Player auf. Im Bieler Gaskessel war das erste autonome Jugendzentrum der Schweiz entstanden, es existiert heute noch. Dort trafen sich neben der neuen Linken auch Anhängerinnen und Anhänger der anarchistischen Bewegung, die im Jura lebendig ist. Das einst «rote Biel» erlebte in jenen Jahren einen politischen Umbruch mit einer neuen Oppositionsszene. Wer weiss, vielleicht hätte unter anderen Verhältnissen ein Verbot wie beim «Alba» weniger Aufsehen und womöglich keine Tumulte ausgelöst.

OFFENKUNDIGER RASSIST

In den Leserbriefen, Artikeln und Stellungnahmen tauchen viele damals gängige Vorurteile, Klischees und Ressentiments bezüglich der Migration auf. Etwa jenes von den angeblich lüsternen und gewaltbereiten Südländern. Der «Alba»-Wirt verteidigte sein Schild mit dem Argument, dass Italiener immer wieder weibliche Gäste belästigt, sich ungebührlich aufgeführt und Schäden am Mobiliar «von über 300 Franken pro Jahr» verursacht hätten. Journalisten fanden aber heraus, dass der Wirt – ein ehemaliger Rocker – selber

Gäste, die ihm nicht passten, unzimperlich aus dem Lokal hinausgeschmissen hatte. Ausserdem war er offenkundig ein Rassist, bediente Italiener willkürlich nicht und soll geäussert haben, er müsse sein Lokal von den «Sautschinggen säubern». Ausserdem war er ein Fan des Rechtsausser-Politikers James Schwarzenbach. In seinem Schaufenster hingen Ja-Parolen für die Überfremdungsinitiativen.

Der «Alba»-Krawall enthüllt so ein Stück Zeitgeschichte, die nicht nur Biel, sondern die ganze Schweiz prägte und für viele unschöne Auseinandersetzungen sorgte. Diese Zeit wird jetzt in der Sonderausstellung «Wir, die Saisoniers... 1931 bis 2022» im Neuen Museum Biel lebendig (work beichtete: rebrand.ly/wir-saisoniers). Sie thematisiert die Arbeitsmigration aus dem Süden und will einen Beitrag zur Aufarbeitung einer unrühmlichen Vergangenheit leisten.



* Der Beitrag von Florian Eitel, **Zerrissene Gesellschaft, zerbrochenes Glas. Die Affäre um die Diskothek Alba in Biel 1977**, ist im neuen Heft der Zeitschrift für Geschichte «Traverse» (3/2022) enthalten. Mehr Infos unter: revue-traverse.ch.

work1xl der wirtschaft



PERSONALMANGEL ZWINGT ZU BESSEREN ARBEITSBEDINGUNGEN

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich nach wie vor erfreulich. Die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Zahl der offenen Stellen bleibt hoch. Trotz Teuerung, Zinswende und dem Krieg in der Ukraine suchen die Firmen in den meisten Branchen nach neuen Mitarbeitenden. Allerdings nicht überall gleich stark: Im Vergleich gibt es die meisten offenen Stellen derzeit im Gastgewerbe, unmittelbar vor der IT- und der Kommunikationsbranche. Weit oben auf der Liste steht unterdessen auch die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Dort waren Mitte Februar rund drei Prozent der Stellen unbesetzt.

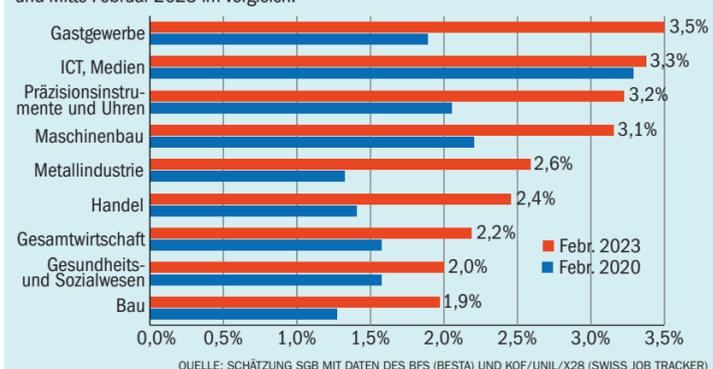
BEGERHRTE GELERNT. Unternehmen im Gastgewerbe, im Gesundheits- und Sozialwesen und auf dem Bau suchen vermehrt auch Beschäftigte ohne Lehre. Dennoch bleiben Berufsleute am gefragtsten. Fast jedes zweite Restaurant und Hotel hat aktuell Mühe, Mitarbeitende mit

einem Lehrabschluss zu finden. In der Elektro- und Bauinstallationsbranche geben sogar vier von fünf Firmen an, weniger leisten zu können, weil sie nicht die richtigen Angestellten fänden.

LÖHNE RAUF. Ohne die solide Konjunktur gäbe es nicht so viele offene Stellen. Die Konjunktur alleine erklärt aber nicht, weshalb einzelne Branchen mehr Mühe haben, ihre Stellen zu besetzen. Eindrücklich zeigt dies etwa die Situation bei den Kitas: Die Nachfrage nach Kita-Plätzen ist nicht sprunghaft gestiegen. Dennoch sind zurzeit rund 1000 Jobs für Kinderbetreuerinnen ausgeschrieben – über drei Mal mehr als vor der Coronapandemie. Weil es aktuell viele Möglichkeiten gibt, auch anderswo eine Anstellung zu finden, ist es schlicht noch unattraktiver geworden, in einer Branche zu arbeiten, in der Ausgebildete oft weniger als 4500 Franken verdienen. Immerhin: Die vielen offe-

Gastro & Co. fehlen Mitarbeitende

Anteil der offenen Stellen im Verhältnis zu den besetzten Stellen, Mitte Februar 2020 und Mitte Februar 2023 im Vergleich.



nen Stellen bringen einige Chefinnen und Chefs dazu, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Etwa in den Tieflohnssektoren. So rechnen die Unternehmen im Gastgewerbe im Branchenvergleich mit dem stärksten

Anstieg der Löhne. Für einmal also dürfte der Druck auf dem Arbeitsmarkt den Arbeitnehmenden nützen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Recherche-Blog Miet-Abzocke stoppen

Es herrscht wieder Wohnungsnot. Und zwar auch in kleinen Gemeinden wie Oberuzwil SG. Dort standen Ende Juni 2022 gerade mal 3 (!) Wohnungen leer. In der Stadt Zürich waren es zur gleichen Zeit 161. Das entspricht der tiefsten Leerwohnungsziffer seit 2011 (0,07%). Besonders schwierig ist die Lage für Familien: Bloss 11 freie 5-Zimmer-Wohnungen gab es stadtweit. Wer nun aber schlau meint, daran sei die Zuwanderung schuld, sollte dringend über die Bücher – oder über den Blog von «Mieten Marta». Das Zürcher Recherchekollektiv hat die wirklichen Gründe für die Wohnungsnot nämlich im Detail ermittelt. Spoiler: Es hat mit architektonischen Luxustrends zu tun. Und mit illegal hohen Mietrenditen.

Rechercheblog für das **Recht auf Wohnen**, gegen Mieterwahnsinn und Verdrängung. mieten-marta.ch

Jung & naiv Frecher Polit-Podcast

Über 50 000 Klicks in bloss 5 Tagen: so viral ging ein Interview mit Dierk Hirschel (52), dem sympathischen Chefökonom der deutschen Gewerkschaft Verdi. Hinter dem Netzerfolg steckt aber



EINER FÜR ALLE: Tilo Jungs Podcast ist politisch, spannend und unterhaltsam. FOTO: PD

weniger der Interviewte als der Interviewer Tilo Jung (38). Er ist der Macher von Jung & Naiv, einem Polit-Podcast «für Desinteressierte». Dort müssen sich Prominente aus Politik und Wissenschaft erklären – und zwar allgemeinverständlich. Das kommt an. Jungs Kanal hat schon eine halbe Million Abos. Sein Erfolgsrezept: schonungslos direkt sein. Und auch mal (vermeintlich) banale Fragen stellen. Was dabei herauskommt, ist meistens spannend. Aber immer unterhaltsam.

Jung & Naiv gibt es auf Spotify, Youtube oder unter jungundnaiv.de.

Šuma Čovjek Multikulti-Balkan-Pop

Arabisch, Kroatisch und Französisch – die Schweizer Multikulti-Band Šuma Čovjek (serbokroatisch für «Waldmensch») verbindet in ihrer Musik alle drei Sprachen. Ab und an verlieren sich auch englische oder spanische Wörter in die Songtexte. Daraus entstehen Lieder über Hoffnung, Liebe und Identität. Und obwohl die Sprache sich mitten im Satz ändern kann, sind die Stücke musikalisch bestens aufeinander abgestimmt. Als ob die Band zeigen wollte: sich trotz kulturellen Unterschieden miteinander vereinigen zu können ist überhaupt kein Problem. Tiefgründig und philosophisch sind denn auch die Themen der 10er-Kapelle. Vom Tanzen hält das nicht ab. Im Gegenteil!

Mit ihrem neuen Album **Fata Morgana** ist die Band noch bis Ende April auf Schweiz-Tournee. sumacovjek.com



Das offene Ohr
Nicole Debrunner
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosigkeit I: Welche Einsprachefrist bei Sanktionen?

Ich bin arbeitslos und habe von der Arbeitslosenkasse eine Sanktionsverfügung erhalten mit der Begründung, dass ich nicht genügend Arbeitsbemühungen geleistet hätte. Ich bin damit nicht einverstanden und wollte dagegen Einsprache einlegen. Leider ist die Frist von 30 Tagen dafür bereits abgelaufen. Kann ich da noch etwas machen?

NICOLE DEBRUNNER: Nein. Wer mit einer Verfügung nicht einverstanden ist, hat 30 Tage Zeit, diese anzufechten. Während der Weihnachtstage, über Ostern und im Sommer gilt ein Fristenstillstand. Die genauen Daten stehen jeweils in der Rechtmittelbelehrung, die der Sanktionsverfügung beiliegt. Der Tag nach dem Empfang der Verfügung ist der erste Tag



DIE ZEIT LÄUFT: Wer eine gesetzliche Frist verpasst, hat das Nachsehen. FOTO: ISTOCK

dieser Frist. Sie kann nicht verlängert werden, da es sich um eine gesetzliche Frist handelt. Die Arbeitslosenkasse darf folglich auf verspätete Einsprachen nicht eintreten. Die aus Ihrer Sicht falsche Verfügung ist somit inzwischen rechtskräftig und durchsetzbar. Sie können nur noch ein Wiedererwägungsgesuch stellen. Die Arbeitslosenkasse kann auf rechtskräftige Verfügungen oder Einspracheentscheide zurückkommen, wenn diese zweifellos unrichtig sind und ihre Berichtigung von erheblicher Bedeutung ist. Es liegt aber ausschliesslich im Ermessen der Kasse, ob sie auf das Gesuch eintreten will oder nicht. Ein gesetzlicher Anspruch darauf besteht nicht, ebenso wenig ein Rechtsmittel gegen einen Nichterkenntnisentscheid. Nur falls die Arbeitslosenkasse das Wiedererwägungsgesuch inhaltlich behandelt, können Sie gegen einen abschlägigen Bescheid ans Gericht gelangen.

Arbeitslosigkeit II: Formular vergessen – bekomme ich noch Taggelder?

Leider habe ich mein Formular «Angaben der versicherten Person» (AVP) für den September 2022 erst im Januar 2023 bei der Arbeitslosenkasse eingereicht. Nun will sie mir keine Leistungen für den betreffenden Monat auszahlen. Kann sie das tun?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Die Arbeitslosenkasse kann die monatliche Arbeitslosenentschädigung frühestens ab Erhalt des AVP-Formulars ausrichten. Sie benötigt dieses, um Ihren konkreten Anspruch für den fraglichen Monat festzulegen. Der Anspruch auf die Entschädigung für den betreffenden Monat erlischt, wenn er nicht innert 3 Monaten nach dem Ende des Monats, auf den er sich bezieht, geltend gemacht wird. Sie hätten das Formular also spätestens Ende Dezember einreichen müssen, damit Sie die September-Leistungen noch hätten einfordern können. Bei der besagten Frist handelt es sich um eine Verwirklichungsfrist. Das bedeutet, dass eine Forderung gänzlich dahinfällt, falls sie nicht rechtzeitig geltend gemacht wird. Wichtig zu wissen: Das Beantragen von Arbeitslosenentschädigung ist ein blosses Recht, keine Pflicht. Es handelt sich auch nicht um den grundsätzlichen Anspruch auf Entschädigung, sondern der Anspruch wird für jeden Monat aufgrund der eingereichten Unterlagen neu geprüft und bewilligt.

Lohn, Versicherung und Kündigungsschutz während der Rekrutenschule

Achtung! Hier wird scharf geregelt

Für die Rekrutenschule unterbrechen viele junge Erwachsene in der Schweiz ihre berufliche Laufbahn. work zeigt auf, welche Regeln in dieser Zeit beim Lohn und im Arbeitsrecht gelten.

MARTIN JAKOB

Rund 20 000 junge Erwachsene, davon etwa 400 Frauen, rücken jedes Jahr in die Rekrutenschule ein. Blüht Ihnen demnächst das gleiche? Für vier bis fünf Monate werden Sie dem Kommando der Armee unterstehen und auf viele persönliche Freiheiten verzichten müssen. Doch wie sind Sie in dieser Zeit finanziell gestellt, und welche Rechte haben Sie, wenn Sie einen laufenden Arbeitsvertrag mit einer Firma haben?

DER LOHN

Wie Ihr Einkommen während der Rekrutenschule aussieht, wird durch mehrere Regelwerke bestimmt. **1. Soldskala.** Für Rekrutinnen und Rekruten beträgt der tägliche Sold 6 Franken. Sie erhalten ihn auch während der allgemeinen Urlaube und für die Reisetage. Am Ende der 12. RS-Woche werden Sie zur Soldatin oder zum Soldaten befördert und erhalten für den Rest der RS 7.50 Franken pro Tag. **2. Erwerbsersatzordnung (EO).** Von der EO ist Ihnen während der ganzen Rekrutenschule ein tägliches Einkommen von 69 Franken sicher, unabhängig davon, ob Sie vor dem Einrücken erwerbstätig waren oder nicht. Haben Sie Kinder und sind Sie nicht erwerbstätig, erhalten Sie eine Kinderzulage und nachgewiesene Betreuungskosten vergütet, maximal aber 138 Franken pro Tag. Haben Sie Kinder und sind erwerbstätig, steht Ihnen während der ganzen RS die EO-Leistung in Höhe von 80 Lohnprozenten zu, plus Kinderzulage von 22 Franken pro Tag und Kind.

3. Obligationenrecht (OR). Das OR regelt Ihr Anrecht auf Lohnfortzahlung während der RS, falls Sie beim Einrücken in einem Arbeitsverhältnis stehen. Hat das Arbeitsverhältnis mehr als drei Monate gedauert oder ist es für mehr als drei Monate eingegangen worden, schuldet Ihnen die Firma während einer beschränkten Zeit eine Fortzahlung des Lohns in Höhe

der vollen EO-Entschädigung. Das sind 80 Lohnprozente. Diese erhalten Sie im ersten Dienstjahr für drei Wochen und danach für eine «angemessene längere Zeit». Was «angemessen» heisst, wird durch eine Skala bestimmt, die je nach Kanton unterschiedlich ist. Arbeiten Sie nach der Berufslehre im gleichen Betrieb weiter, gelten die Lehrjahre ebenfalls als Dienstjahre.

Ein Beispiel: Sie sind nach der dreijährigen Lehre in der Firma geblieben, stehen also im 4. Dienstjahr, verdienen seit dem Lehrabschluss 5000 Franken pro Monat und rücken nun für 18 Wochen in die RS ein. Sind Sie kinderlos, haben Sie nach der Berner Skala (sie wird am häufigsten verwendet) während zweier Monate 80 Pro-

Ihre Mindesteinnahme in der RS: 75 Franken pro Dienstag.

zent des Lohns zugute, also je 4000 Franken, für den Rest der RS aber nur noch 69 Franken pro Tag, das sind rund 2000 Franken pro Monat. Besser abgesichert sind Sie, wenn Sie Kinder haben (siehe EO). Beachten Sie: Bezahlt die Firma während der RS einen Lohn, der Ihrem Guthaben aus der EO entspricht oder höher liegt, gehen die Leistungen der EO an die Firma. **4. Gesamtarbeitsvertrag (GAV).** Untersteht Ihr Arbeitsverhältnis einem Gesamtarbeitsvertrag? Schlagen Sie dort nach, ob dieser auch die Lohnfortzahlung während militärischer Dienste regelt. Manche GAV enthalten für Rekrutinnen und Rekruten bessere Bedingungen als die gesetzlich garantierten. Der Landesmantelvertrag (LMV) zum Beispiel – der GAV fürs Baugewerbe – sichert Ledigen während der gesamten RS-Dauer mindestens 50 Prozent des Bruttolohns, Verheirateten und Ledigen mit Unterstützungspflichten 80 Prozent (alle GAV zum Nachschlagen unter: gav-service.ch).



WORKTIPP

ARBEITSLOS VOR DER RS

Ist die Zeit zwischen der Anmeldung bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) und dem Beginn der RS kurz (ca. drei Monate), kann Ihre Chance sehr klein sein, einen Arbeitsplatz zu finden. Die ALV wird Sie orientieren, ob Sie als vermittelbar eingestuft werden (und damit Anspruch auf Arbeitslosengeld haben) oder nicht. Zur Jobsuche während der RS können Sie sich an den Sozialdienst der Armee wenden. Er ist verpflichtet, Rekruten bei der Stellensuche zu helfen. Zudem können Sie für Bewerbungsgespräche Urlaub beantragen. Nach der Rekrutenschule haben Sie Anspruch auf Arbeitslosengeld. Mehr Infos: Broschüre der Unia «Jung und arbeitslos – meine Rechte» (kostenlos:rebrand.ly/jungund)

5. Arbeitsvertrag. Ob mit oder ohne GAV, ist es Ihnen freigestellt, mit der Firma über die Lohnfortzahlung während der RS zu verhandeln und eine möglichst vorteilhafte, individuelle Lösung zu finden.

DIE VERSICHERUNG

Während der RS versichert Sie das Militär gegen Unfall und Krank-

AUSNAHMEZUSTAND: Der Dienst im Militär hat seine eigenen Regeln – auch finanziell. FOTO: KEYSTONE

heit. Dauert Ihr Dienst länger als 60 Tage, müssen Sie für die gesamte Dienstzeit keine Prämie für die obligatorische Grundversicherung der Krankenkasse bezahlen. Um von der Prämienzahlung befreit zu werden, senden Sie der Kasse acht Wochen vor Dienstbeginn eine Kopie des Marschbefehls. Haben Sie Zusatzversicherungen, laufen ihre Prämien hingegen weiter – natürlich aber auch die Leistungen der Kasse.

DIE FERIEN

Sind Sie fest angestellt, haben Sie einen gesetzlichen Feriennanspruch von vier Wochen – oder von fünf Wochen, wenn Sie noch nicht 20-jährig sind. Falls Sie einem GAV unterstellt sind, haben Sie möglicherweise mehr Ferientage zugute.

ZIVILDIENT STATT RS

ÄHNLICHE REGELN

Rund 3500 diensttaugliche Männer pro Jahr entscheiden sich bei der Rekrutierung aus Gewissensgründen für den Zivildienst, etwa 800 fällen diesen Entscheid während der RS, etwa 2000 nach bestandener RS. Sie alle nehmen damit eine längere Dienstzeit in Kauf; Die im Militär noch nicht geleisteten Pflichttage, mit dem Faktor 1,5 multipliziert, ergeben die Anzahl Pflichttage im Zivildienst.

BESSER NACH DER RS.

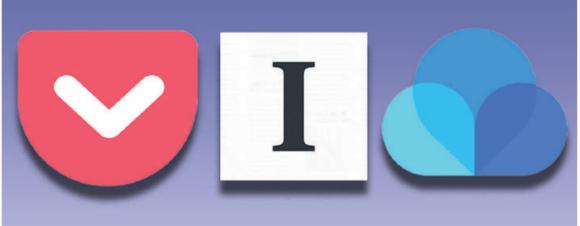
Aus der Erwerbsersatzordnung (EO) erhalten kinderlose Zivildienstleistende, die keine ganze RS absolviert haben, für die ersten 124 Tage – so lange hätte die RS gedauert – auch nur die Minimalentschädigung von 69 Franken. Jenen, die sich erst nach der RS umteilen lassen, stehen vom ersten Zivildienstag an 80 Prozent ihres beruflichen Einkommens zu. Für Berufstätige mit laufendem Arbeitsvertrag gelten die gleichen Regeln des Obligationenrechts (OR) wie für jene, die die RS absolvieren. Genau wie im Militärdienst sind Zivildienstleistende bei der Militärversicherung gegen Unfall und Krankheit versichert, und während Diensten, die länger als 60 Tage dauern, entfällt die Prämie für die Krankengrundversicherung. Auch arbeitsrechtlich ist der Zivildienst dem Militärdienst gleichgestellt. Er untersteht darum den gleichen Bestimmungen zum Kündigungsschutz, und die Firma darf bei dienstbedingten Abwesenheiten von mehr als zwei Monaten die Ferien kürzen.

ZIVILSCHUTZ.

Wer wegen Dienstuntauglichkeit weder Militärdienst noch Zivildienst leisten kann, wird je nach Gesundheitszustand zum Zivilschutzdienst mit insgesamt kürzerer Dienstzeit verpflichtet. In Bezug auf Entschädigung und Kündigungsschutz gelten auch hier die Vorgaben der EO und des OR.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



PRAKTISCH: Diese drei Lesezeichen-Apps Pocket, Instapaper und Raindrop (v.l.) leisten gute Dienste und sind kostenlos. MONTAGE: WORK

Lesezeichen verwalten: So einfach geht's

Sie kennen das bestimmt: Sie stossen im Internet auf einen spannenden Artikel, haben aber gerade keine Zeit, ihn zu lesen. Hier helfen Lesezeichen-Manager. Mit diesen Browser-Erweiterungen – sogenannten Add-ons – lassen sich Artikel einfach speichern und sammeln. Ein weiterer Vorteil: Sie können Ihre Sammlung auf all Ihren Geräten abrufen, sei es am PC oder auf dem Handy. Folgende Anwendungen bieten diesen Dienst gratis an:

POCKET gehört zur Firefox-Familie und kann über getpocket.com heruntergeladen werden. Stossen Sie beim Surfen auf eine interessante Seite, klicken Sie auf das Pocket-Symbol in Ihrer Browserleiste, und die Seite wird gespeichert. Auf Wunsch können Sie Schlagwörter setzen, die Ihnen später die Suche erleichtern. Ihre gespeicherten Artikel können Sie zudem in einer reduzierten Leseversion aufrufen. Störende Elemente wie etwa Werbung sind dann entfernt. In den Texten können Sie einzelne Stellen wie mit einem Leuchtmittel markieren. **INSTAPAPER** funktioniert wie Pocket und ist unter instapaper.com verfügbar. Die Anwendung ist in erster Linie dazu gedacht, gespeicherte Artikel einfach lesbar zu machen. Sie erscheinen in einem schlichten Design ohne Schnickschnack. Schrift, Schriftgrösse und Spaltenbreite können Sie in der Leseversion so anpassen, wie es Ihnen am besten passt. Praktisch: Zum Artikel lassen sich Notizen hinzufügen.

Auch mit **RAINDROP** (raindrop.io) können Sie Ihre Lesezeichen einfach managen. Gespeicherte Artikel lassen sich mit Schlagwörtern oder einer kleinen Zusammenfassung versehen. Sie können ausserdem unterschiedliche Sammlungen anlegen und in Unterordner aufteilen. Die gespeicherten Seiten lassen sich nach Thema sortieren und dank der Highlight-Funktion schnell wiederfinden. Textpassagen können Sie ausserdem farblich hervorheben. MIRIAM FONTI

Mit Schlagwörtern versehen, bleiben Texte gut auffindbar.

Steuererklärung: Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, Abzüge zu machen – ganz legal

Ihr Einkommen müssen Sie zwar versteuern. Aber nur jenen Teil, der Ihnen zur freien Verfügung steht. Berufsbedingte Kosten sowie Vorsorgekosten können Sie vom Lohn abziehen.

MARTIN JAKOB

Haben Sie die Unterlagen zum Ausfüllen der Steuererklärung beisammen? Am besten legen Sie neben den Belegen für Ihre Ein- und Ausgaben auch die Wegleitung Ihres Wohnkantons bereit. Darin sind die einzelnen Positionen erklärt.

Berufskosten. Dazu zählen die Auslagen fürs Pendeln mit dem öffentlichen Verkehr (Streckenabonnements) oder mit dem Velo (Velo- oder Töfflipa-

schale). Autokilometer können Sie nur abziehen, wenn die Benutzung von ÖV oder Velo aus Zeitgründen nicht zumutbar war – zum Beispiel wegen fehlender Verbindungen (etwa bei Schichtarbeit) oder wegen zu hohen Zeitbedarfs. Als Regel gilt, dass die Zeitersparnis mit dem Auto eine Stunde oder mehr pro Tag betragen muss. Fahren Sie mit dem Auto zur Arbeit und erfüllen die Bedingungen für einen Auto-Abzug nicht, dürfen Sie stattdessen die Kosten des Streckenabonnements abziehen.

Als Berufskosten dürfen Sie auch die Mehrkosten auswärtiger Verpflegung geltend machen, wenn Sie über den Mittag nicht nach Hause gehen können. Steht im Lohnausweis ein Kreuzchen bei «Kantine/

Lunch-Checks», dürfen Sie nur die Hälfte der Tagespauschale abziehen.

Für allgemeine Berufskosten (selbstbezahlte Berufskleider, Abnutzung von Kleidern, Fachliteratur usw.) können Sie eine Pauschale abziehen. Wollen Sie einen höheren Betrag als

Auch Schuldzinsen – etwa für Kleinkredite – sind abziehbar.

die Pauschale abziehen, müssen Sie eine Aufstellung mit Belegen machen. Gewerkschaftsbeiträge gelten in den meisten Kantonen als in der Berufskostenpauschale enthalten. Schlagen Sie in der Wegleitung nach, ob Ihr Kanton einen separaten Abzug zulässt.

Schuldzinsen. Einen Kleinkredit können Sie in der aktuellen Höhe vom Vermögen abziehen, die Zinskosten von Ihrem Einkommen. Die Kreditbank hat Ihnen dazu eine Zinsbescheinigung geschickt. Leasingkosten sind dagegen nicht abziehbar.

Vorsorge. Haben Sie eine Zahlung an Ihre Pensionskasse geleistet (Höhereinkauf) oder in die steuerbegünstigte Säule 3a einbezahlt, können Sie die entsprechenden Beträge abziehen.

Versicherungsprämien. Selbstbezahlte Krankenversicherungsbeiträge können Sie bis zur maximalen Pauschale abziehen.

Kinderbetreuungskosten. Zusätzlich zum pauschalen Kinderab-

zug können Sie die effektiven Kosten berufsbedingter Kinderbetreuung durch Dritte bis zum festgelegten Höchstbetrag abziehen. Belege erforderlich!

Weiterbildung. Haben Sie eine Weiterbildung oder eine Umschulung selber finanziert, sind diese Kosten bis zu einem Maximalbetrag abziehbar.

Krankheitskosten. Behandlungskosten, die Sie selber bezahlt haben, können Sie abziehen, aber beim Bund und in den meisten Kantonen gilt eine Untergrenze. Erst wenn die Kosten 5 Prozent des Einkommens übersteigen, können Sie den Betrag oberhalb dieser Grenze als Abzug angeben. Bessere Bedingungen kennen nur die Kantone BL, GL, SG und VS.

VORAUSZAHLUNG

KLEINER VORTEIL

Je nach Wohnkanton kann es sich lohnen, einen Teil oder die gesamte Steuer früher zu bezahlen: Vorauszahlungen werden mit einem Zins entschädigt. Zinsen von 0,5 Prozent und mehr schreiben Ihnen die Kantone AI, BS, BL und GL gut. Zwischen 0,25 und 0,3 Prozent sind es in den Kantonen AG, BE, SG, UR, ZH. In den anderen Deutschschweizer Kantonen liegen die Vorauszahlungszinsen zwischen 0 und 0,2 Prozent. Sie sind damit allerdings nicht höher als mittlerweile auf den meisten Sparkonten. Keine Zinsgutschrift erhalten Sie, wenn Sie die direkte Bundessteuer zu früh bezahlen.

Ein Zustupf zu Ihrem Hörgerät Die IV zahlt besser

IV und AHV beteiligen sich an den Kosten für Ihr Hörgerät, wenn die Behinderung fachärztlich bescheinigt ist.

«Wenn du jetzt schon schlecht hörst, solltest du noch vor der Pensionierung ein Hörgerät anschaffen», rät der Kollege. Ein guter Rat. Die IV bezahlt nämlich jenen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, eine Pauschale von 840 Franken für ein Hörgerät oder 1650 Franken, wenn beide Ohren eine Hörhilfe benötigen. Für Rentnerinnen und Rentner, die erstmals ein Hörgerät brauchen, ist hingegen die AHV zuständig. Und diese bezahlt nur 630 oder 1237.50 Franken.

Zudem steuert die IV jährlich 40 bis 80 Franken an die Batteriekosten bei und leistet eine Pauschale bei Reparaturen.

Ein weiterer finanzieller Vorteil, wenn Sie bereits vor dem Rentenalter Ihr erstes Hörgerät beantragen: Für spätere Ersatzbeschaffungen gelten ebenfalls die Beitragsregeln der IV.

OFFERTEN VERGLEICHEN. Die Pauschalen der Sozialversicherung reichen aus, um ein einfaches «Hinter dem Ohr»-Modell zu erwerben. Den Aufpreis für elegantere und raffiniere Geräte müssen Sie selbst bezahlen.

Die Beiträge der AHV liegen 25 Prozent unter jenen der IV. Schon mehrmals hat der «Kassensturz» die undurchsichtige Preispolitik der Branche kritisiert. Vergleichen Sie also unbedingt mehrere Offerten! (jk) Detailinfos: rebrand.ly/ahvivoeren

WORKLESERFOTO



Herrliches Nebeltal

WANN 25. Januar 2023
WO Sörenberg LU
WAS Wintermorgen über dem Nebelmeer oberhalb von Sörenberg
 Eingesandt von Michèle Bärtschi, Oberburg BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 3 / 17.2.2023: FÜNF JAHRE NACH VÖGELE-KONKURS: JETZT IST ZAHLTAG! Verdient!

Ich freue mich, dass die beiden Vögele-Verkäuferinnen und ihre über tausend Kolleginnen und Kollegen endlich ihr Geld erhalten. Sie haben es mehr als verdient! Unglaublich, wie lange das gedauert hat!

MARIA ZBINDEN, SCHAFISHEIM AG

Bravo, macht weiter so!

Eine hervorragende Nummer! Im Fazit und ganz im Sinne des leider viel zu früh verstorbenen Michael Stötzel: wissen und einfach erklären – so «funktioniert» Kapitalismus. Von Vögele zum OVS-Abbau und dem Auslutschen des Jelmoli-Gebäudes, vom Sozialwerk AHV zum 3-Säulen-Volksbetrug und zur BVG-«Reform», von der Ausbeutung von Flüchtlingsarbeitern in Sklavenhalter-Manier bis zu den ver-

einigten «Stromliberalisierern» und dem 1,4-Prozent-Teuerungsausgleich bei 3 Prozent Teuerung. Alles auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und nur im work zu lesen. Macht weiter so!

RENÉ LECHLEITER, ZÜRICH

WORK 3 / 17.2.2023: WACKLIGE WENDE FÜR EUROPA Merci, Andi!

Danke, Andi, für deine grosse Arbeit beim Ausleuchten der nicht immer leicht zu durchschauenden Vorgänge in der EU. Du hast es verstanden, Missstände zu kritisieren, ohne die Hoffnung auf ein soziales Europa aufzugeben.

ANDREAS BERZ, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 17.2.2023: STROM-CLOWNS SIND WIEDER UNTERWEGS Am Schluss zahlen wir

... und als nächstes soll dann der Bund (also wir Steuerzahlende) alle

Risiken sowohl der alten als auch der neuen AKW übernehmen!
 ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

WORK 3 / 17.2.2023: ZUM TOD VON MICHAEL STÖTZEL: «MENSCH, ICH WERD AUCH NICHT MEHR JÜNGER!» Warum nur?

Paradoxerweise hat er mir die Rückkehr ins vertraut-verhasste Land namens Schweiz erleichtert. Bei ihm hab ich mich wohl gefühlt. Gerade seine permanent neu angerührte Mischung von Kritisch und Versöhnlich war spannend. Warum nur musste er gehen?

FELIX SCHNEIDER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 17.2.2023: BVG-REFORM: RECHTE PARTEIEN MACHEN EIN UNSOZIALES THEATER Finanzhaie stoppen

Erst möchte ich mich bei der Gewerkschaft Unia und insbesondere bei Nadav Penner bedanken. Denn dank seiner Unterstützung in zwei Fällen bin ich mittlerweile zur Selbständigkeit gekommen. Es war ein sechsjähriger Kampf. Anfangs hatte ich mir noch Gedanken gemacht, weil mir nun viele Jahre Beiträge im BVG fehlten. Wie kann es denn sein, dass die Menschen per Gesetz um ihren Lohn und ihre Pension gebracht werden? Es darf nicht sein, dass es das Recht privaten Firmen einfach erlaubt, das Einkommen der Menschen verjubeln zu dürfen, ohne dass sie je zur Rechenschaft gezogen werden! Nein, am Ende zahlen

die Lohnabhängigen einfach wieder mehr Beiträge, um die Millionen wieder reinzuholen, damit sich ein paar wenige weiterhin ihre fetten Boni auszahlen können. Für mich ist es grundsätzlich nicht verständlich, dass private Anbieter mit gesetzlichen Beiträgen wie dem BVG und der Krankenkasse durchgefüttert und gemästet werden. Solche gesetzlichen Abgaben und Vorgaben sollten – wenn – nur vom Staat selbst verwaltet werden, ohne Ausnahme. Und schliesslich sind wir, jede und jeder Einzelne von uns, der Staat. Vielleicht vergessen das die Leute zu oft. Ich für meinen Teil bin froh, kann ich mein BVG bald auslösen, um in mich zu investieren und nicht in irgendwelche Finanzhaie, die mich nur ausbluten lassen.

STEFANIE ZURFLÜH, BANNWIL BE

WORK 3 / 17.2.2023: 12 STUNDEN CHRAMPFEN – OHNE LOHN Schamlos ausgenutzt

Es ist beschämend, dass es in der reichen Schweiz immer wieder Firmen gibt, die die Not der anderen ausnützen. Umso besser ist es, dass mit der Unia eine Gewerkschaft da ist, die solche Fälle aufdeckt und für die Rechte der Arbeitnehmenden einsteht.

GORAN TRUJIC, VIA WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns
 Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work.Redaktion.Leserbriefe](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16




**SARINA MEIER
PLÖTZLICH
PFLEGERIN**

Eigentlich wollte Sarina Meier Psychologie studieren. Das dafür nötige Praktikum in einem Altersheim trat sie ohne Begeisterung an: «Ich hatte Angst, dass mich die Körperpflege von alten Leuten gruuset. Aber ich merkte rasch: Pflege ist eine wunderschöne und auch sinnstiftende Arbeit.» Deshalb begann sie die Ausbildung zur Pflegefachfrau, die sie 2020 abschloss.

«GEWANDET». In der Freizeit liest sie gerne Krimis und Fantasyromane, aktuell «Ganz gewöhnliche Monster» von J. M. Miro: «Die kitschigen Fantasy-Liebesgeschichten sind nicht so mein Ding, ich hab lieber den «Herr der Ringe»-Stil.» Zudem kocht sie gerne, spielt auf der Xbox, spaziert in Luzern am See und geht an Mittelaltermärkte. «Und zwar, wie wir sagen, «gewandelt»; als Bewohnerin von Haithabu, einem Handelsort an der Ostsee.» Meier ist Unia-Mitglied. Als ausgebildete Pflegefachfrau, stellvertretende Teamleiterin und Lehrlingsausbilderin verdient sie 6100 Franken brutto im Monat.

Pflegerin **Sarina Meier** (25) betreut Seniorinnen und Senioren im Heim. Da wird auch mal zusammen gekocht und geschwätzt.

«Kommt mir vor wie eine WG»

Sarina Meier pflegt gerne alte Menschen. Gerade deshalb engagiert sie sich für bessere Bedingungen in der Branche.

CHRISTIAN EGG | FOTOS PETER LAUTH

Wie verständigt man sich mit einer Person, die ihre Sprache verloren hat? Sarina Meier kennt die Antwort. Die Pflegefachfrau hat täglich mit dementen Menschen zu tun. Sie sagt: «Da kommt es weniger darauf an, was ich sage, sondern mehr auf die Körpersprache und die Stimmlage.» Die verstehe auch jemand mit fortgeschrittener Demenz.

Weil Demenz im hohen Alter häufig ist, sind auch viele der 140 Bewohnerinnen und Bewohner im Luzerner Altersheim Wesemlin betroffen, wo Meier arbeitet. Und sie liegen der 25jährigen besonders am Herzen. «Ich bin glaub's der Demenz-Typ», sagt sie und lacht. «Ich mag diese Herausforderung.»

Zum Beispiel, wenn eine verwirrte Bewohnerin in ihre Wohnung zurückwill, die sie vor Jahren verlassen hat – und niemand versteht sie. Stress oder auch Wut sei die Folge, sagt Meier. Dann spricht sie mit der Frau und macht, was diese nicht mehr kann: die Gefühle in Worte fassen. «Damit sie merkt: Ah, ich werde verstanden. Ich bin in meiner Not nicht allein.» Dann lenke sie die Aufmerksamkeit auf ein anderes Thema, «etwa auf die Kinder der Frau. Dadurch geht der Stress vorbei. Hoffentlich», schiebt sie nach.

KÜRBISSUPPE. Klar, manchmal sage sie auch genau das Falsche. Davor habe sie am Anfang Angst gehabt. «Heute weiss ich: Das kann passieren. Aber meistens lernt man etwas daraus.» Was auf jeden Fall helfe: dass sie die Betagten unterdessen gut kenne. Seit drei Jahren arbeitet die Pflegerin jetzt auf derselben Abteilung, in der rund 20 Menschen wohnen. Meier

sagt: «Es kommt mir chli vor wie eine WG: Manchmal gibt's Stress, aber meistens hat man's gut zusammen.» Das sei es, was ihre Arbeit «mega schön» mache, sagt Meier: «Ich kann mit diesen Menschen eine Beziehung aufbauen. Ich kann sie auf der letzten Etappe ihres Lebens begleiten und ihnen immer wieder mit kleinen Sachen eine Freude machen.» So habe sie im Praktikum manchmal zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gekocht. Eine demente Frau lehrte sie, Kürbissuppe zu machen. «Die mache ich heute noch.»

KLEINER LUXUS. Nicht immer ist Meier direkt mit Pflege beschäftigt. Tageweise betreut sie Lernende. Als stellvertretende Teamleiterin übernimmt sie zudem oft die Tagesverantwortung für die ganze Station und hat auch einen fixen Tag pro Woche, an dem sie Büroarbeit erledigt. Sie ist froh um diese Abwechslung: «Würde ich ausschliesslich Pflege machen, arbeitete ich wohl nicht mehr hundert Prozent.» Denn diese Arbeit fordere einem viel ab, körperlich und auch psychisch. «So aber kann ich mich an den Pflgetagen voll einbringen.»

Das Betagtenzentrum Wesemlin gehört mit vier anderen Häusern zur Viva Luzern AG, die im Besitz der Stadt Luzern ist und einen eigenen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) hat. Der sieht eine 42-Stunden-Woche vor. Das werde auch eingehalten, sagt Meier: «Klar, wenn jemand stürzt und meine Schicht geht zu Ende, lasse ich die Person nicht einfach liegen. Aber in der Regel kann ich pünktlich aufhören.» Auch, weil das Team «erstklassig» sei und sich gegenseitig unterstütze. Als Pflegefachfrau geniesst sie den «Luxus», dass sie ihre Schicht immer an einem Stück absolvieren kann – anders als Pflegehilfen, die oft geteilte Dienste leisten müssen: einige Stunden am Morgen, einige am Abend, dazwischen eine lange Zimmerstunde. Auch



VIEL VERANTWORTUNG: Sarina Meier pflegt demenzkranke Seniorinnen und Senioren, betreut Lernende und hat tageweise die Leitung über die ganze Station.

Nachtdienste muss sie keine machen: «Das können bei uns alle frei wählen. Es gibt Mitarbeitende, die machen nur Nachtdienste – zum Glück für mich, ich bin absolut kein Nachtmensch!»

GROSSES ENGAGEMENT. Gerade weil sie die Arbeit mit alten Menschen liebt, macht sich Unia-Mitglied Meier für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege stark. Regelmässig tauscht sie sich in der Pflegegruppe Zentralschweiz mit Berufskolleginnen und -kollegen aus, plant Aktionen und motiviert andere, sich zu engagieren. Spätestens seit der Coronapandemie, sagt sie, befinde sich der Beruf in einem Teufelskreis: Wegen der permanenten Überlastung verlassen immer mehr Pflegerinnen und Pfleger den Beruf. Das führt zu Personalmangel und noch stärkerer Überlastung. Und so weiter.

Nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative 2021 hätten die Pflegenden gehofft, dass etwas passiere. Doch einen ersten Gesetzesentwurf will der Bundesrat frühestens in einem Jahr vorlegen. Dieses Schnecken-tempo stoppe den Pflege-Ex-

odus nicht, kritisiert Sarina Meier: «Manche resignieren und schmeissen den Bettel hin.»

Für sie ist das keine Option. Sie sagt: «Ich möchte meinen Beruf retten! Dafür braucht es jetzt Lösungen, und nicht erst in vier Jahren.» Zum Beispiel müsste die Arbeitszeit verkürzt werden: Vier Arbeitstage pro Woche statt fünf, bei gleichem Lohn. Ja, das koste kurzfristig mehr, würde sich auf lange Sicht aber auszahlen: «Die Pflegenden wären ausgeruhter, es gäbe weniger Absenzen und weniger Kündigungen. Heime und Spitäler müssten weniger auf teure Temporäre ausweichen.»

Nicht nur für ihren eigenen Beruf legt sich Meier ins Zeug, sondern auch für Lohngleichheit in allen Branchen. Da ist es klar, dass die Pflegerin am Frauenstreik am 14. Juni auf die Strasse geht wie schon 2019. Sie sagt: «Als Frau hast du heute dreier- oder vierfach verloren: Du leistest mehr unbezahlte Arbeit, hast eher einen Teilzeitjob in einem schlechtbezahlten «Frauenberuf» und wirst sogar dort noch schlechter bezahlt als ein Mann. Das kann es doch nicht sein!»

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincou@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, David Gallusser, Martin Jakob, Marius Käch, Sandra Künzi, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia